www.mehr-demokratie.de

demokratie !

Magazin für Beteiligung und direkte Demokratie | Ausgabe 03.2022

DEMOKRATIE IN DER *KRISE?*

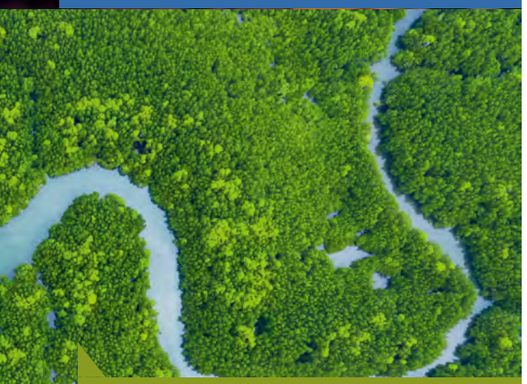
Der weltweite Niedergang der Demokratien

Klima und Demokratie – wie Beteiligung gelingt

Demokratie in der Ukraine – die Zivilgesellschaft lebt

In der Ukraine werden auch unsere demokratischen Werte verteidigt, heißt es. Wie aber steht es um die Demokratie in der Ukraine selbst inmitten des Krieges? Und wie müsste die EU sich selbst verändern, um den aktuellen Herausforderungen gewachsen zu sein?

ab Seite 16



Wie kann das Verständnis von kollektiven Traumadynamiken helfen, unsere Demokratie zu stärken und Polarisierung zu überwinden? In einem Forschungsprojekt von Mehr Demokratie und Pocket Project wurde diese Frage im Kontext der aktuellen Krisen untersucht.

ab Seite 22

Wir geben einen Überblick über die bereits stattgefundenen bundesweiten Bürgerräte. Was waren ihre Themen, wie wurden sie ausgestaltet und was haben sie bisher bewirkt? Ein Teilnehmer der ersten Stunde gibt zusätzlich einen Einblick in seine Erfahrungen.

ab Seite 36

Weltweite Demokratie
4 Niedergang der Demokratien?

Beteiligung und Energiewende
8 Klima und Demokratie
11 Teilhabe ermöglichen, Klima schützen

Europa und die Ukrainekrise
14 Warum Europa eine neue Verfassung braucht

Ukraine
16 Demokratieentwicklung in der Ukraine
20 Manifest der Zivilgesellschaft

Trauma und Demokratie
22 Polarisierung überwinden

Podcast „politikverschossen“
29 Ein bisschen klug

Klimabürgerräte
30 Bundesweiter Bürgerrat
33 Berliner Klimabürgerrat

Bundesweite Bürgerräte
36 Ein Überblick aller Bürgerräte
39 Erfahrungsbericht eines Amberger Bürgers

Kinderbeteiligung
42 Ein Losland-Projekt in Ottersberg

Ländertelegramm
46 Neues aus den Landesverbänden

FAQ
48 Wahlrecht ab 16

BMV
49 Einladung Bundesmitgliederversammlung

Der demokratische Spruch
50 Michelle Obama

Fotos: Anastasiia Krutota/Unsplash; Avigator Fortuner/shutterstock; titania-foto; Rückseite: Raph PH - Queenbday

Liebe Leserinnen und Leser,

Jetzt färbt der wilde Wein sich rot, der Nebel legt sich auf die blumenleeren Wiesen und der Wind treibt die Stille übers ausgelärmte Land – es wird Herbst. Der sonnigste Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen geht zu Ende. Nie habe ich öfter in Nachrichten und auch sonst vom Klimawandel gehört als in dieser Zeit. Trockenheit, Ernteausfälle, Waldbrände hier, Überschwemmungen, Hungersnöte dort. Während dieses Heft gedruckt wird, sind in Pakistan 33 Millionen Menschen wegen einer Flutkatastrophe in ärgster Not. All das ist erst der Anfang. Was hilft uns aus der Misere? In diesem Heft werden die Klimabürgerräte reflektiert – der bundesweite und der in Berlin. Mit den Bürgerinnen und Bürgern ist zu überlegen, was zu tun ist. Es gilt auszuloten, warum nicht getan wird, was getan werden kann und muss – um es dann anzugehen. Schließlich läuft uns die Zeit weg. Deshalb sollen Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, beispielsweise für Windkraftanlagen. Was liegt da näher, als die Bürgerbeteiligung zu beschneiden oder vielleicht gleich ganz auf sie zu verzichten? Hier widerspricht ein ausführlicher Beitrag von zwei Gastautorinnen. Und dann – im Beitrag von Steffen Krenzer und im Ländertelegramm von Schleswig-Holstein – die Nachricht, dass im hohen Norden ein Dammbruch bevorsteht. Auf den haben sich CDU und Grüne im Koalitionsvertrag geeinigt. Eine Generalklausel soll es der Landesregierung ermöglichen, Bürgerbegehren in Kommunen einfach unterbinden zu können – wenn es um den Klimaschutz oder Sozialeinrichtungen geht, um wichtige Dinge eben. Die Regierenden wissen es eben besser. Dabei kommen, weil die Politik zu langsam und zu mutlos agiert, entscheidende Impulse für einen wirksamen Klimaschutz gerade von unten, von Bürgerbegehren. Aber das scheint hinterm Deich in Kiel noch nicht angekommen zu sein. Der Bürgerrat Klima hatte einen großen Konsens unter den Bürgerinnen und Bürgern ausgemacht: für ernsthafte und weitreichende Maßnahmen. Darauf ließe sich bauen. So wie sich das CDU und Grüne im hohen Norden denken, kommen wir jedenfalls nicht aus der Klimakrise.

Aber lesen Sie selbst. Eine ergiebige Lektüre wünscht
mit herzlichen Grüßen

Ihr Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher

Ralf-Uwe Beck, Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie.

Krise der Demokratie?

Befindet sich die Demokratie als beste aller bisherigen Regierungsformen in einer Krise? Fest steht: Die Demokratie muss sich zur Zeit in verschiedenen Krisen bewähren. Fast ein Drittel der Bundesbürger glaubt, in einer „Scheindemokratie" zu leben, wie eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach ergab. Dabei ist der Anteil in den neuen Bundesländern mit 45 Prozent besonders hoch. Weltweit nimmt der Anteil autokratischer Regime zu. In Europa führt Russland einen Angriffskrieg nicht nur auf die Ukraine, sondern auf die demokratischen Werte insgesamt. Doch wie steht es eigentlich um die Demokratie in der Ukraine selbst? Und wie verändert der Krieg die europäische Gemeinschaft? Der Druck der Klimakrise und der gleichzeitigen Energie- und Gerechtigkeitskrise erfordert immer stärkere staatliche Maßnahmen. Führen sie zu einer Abschaffung demokratischer Beteiligung, oder kann mehr Beteiligung die Energiewende sogar beschleunigen? Der zunehmende Krisendruck führt auch zu einer Aktivierung von kollektiven Traumata, die eine gesellschaftliche Polarisierung hervorruft und gemeinsame Lösungen behindert. In diesem Themenheft untersuchen wir, wie die Demokratie aus all diesen Herausforderungen gestärkt und verändert hervorgehen kann.

Foto: Laura Crazy/Shutterstock

Niedergang der Demokratien?

Eine ernüchternde Sicht auf die globale Demokratieentwicklung – von Roman Huber

Viele Jahre lebte ich in dem Selbstverständnis, wir müssen mit unserem Engagement für die Demokratie einfach nur weitermachen und lange genug durchhalten, dann wird alles gut werden. Oder zumindest besser. Das war ein gutes Lebensgefühl. Das gab Kraft, auch wenn es mal anstrengend war.

Früher war alles schlechter

Ich habe Vorträge darüber gehalten, dass früher alles „schlechter" war. Die durchschnittliche Lebenserwartung lag vor 200 Jahren noch bei 30 Jahren, 45 Prozent der Kinder starben bevor sie 5 Jahre alt wurden. Heute liegt die Lebenserwartung weltweit bei 70 Jahren und es sterben nur noch 5 Prozent der Kinder. Die globale Armut verringerte sich in den letzten 100 Jahren weltweit dramatisch, es gibt heute prozentual weniger Morde, Hinrichtungen, Vergewaltigungen und weniger häusliche Gewalt. Ein Großteil der Menschen auf der ganzen Welt hat heute Zugang zu medizinischer Grundversorgung und zu Schulbildung. Vieles ist besser im Vergleich zu früher.

Natürlich gibt es immer noch himmelschreiende Ungerechtigkeit. Über eine Milliarde Menschen auf der Welt leben in extremer Armut, also von weniger als 1,25 Dollar pro Tag. Das ist ein Siebtel der Weltbevölkerung. Aber vor 50 Jahren waren es noch zwei Drittel der globalen Bevölkerung. Der Trend stimmte also.

Jedoch: Viele dieser Fortschritte basieren auf Wirtschaftswachstum, d.h. wir haben sie uns auf Kosten der Natur erkauft. Und so werden diese Zahlen und Statistiken voraussichtlich nicht besser, sondern sie werden stagnieren oder rückläufig sein.

Seit einiger Zeit beschleicht mich das Gefühl, dass die guten Zeiten erst einmal vorbei sind. Der Krieg vor unserer Haustür, die Pandemie und der Umgang damit, die Klimaerhitzung, die Trockenheit, Inflation, Gaspreisexplosion, die Liste ist endlos … Das bedrängt mich und sicher viele von Ihnen auch. Und wie sieht es in unserem eigenen Wirkungsfeld, der Demokratie in der Welt aus?

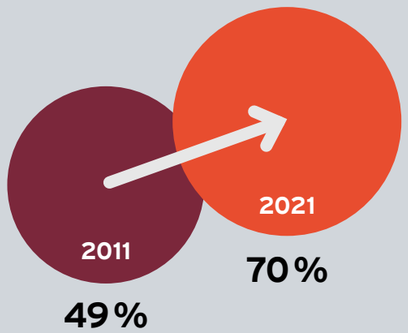
Liberale Demokratien setzen sich durch. Weltweit.

Das war ein Glaubenssatz der letzten Jahrzehnte. Demokratie und soziale Marktwirtschaft, Freiheit und Wohlstand sind so attraktiv, dass alle Menschen dieser Erde dies erstreben werden. Unser „westliches", genauer gesagt unser sozialeres „europäisches" Modell, wird sich durchsetzen. Wandel durch Handel. Auch das riesige China wird sich – nach einer wirtschaftlichen Aufholjagd im Turbogang – demokratischen Werten nicht verschließen können.

Nichts davon ist eingetreten.

Seit knapp zehn Jahren sinkt die Zahl der Demokratien weltweit. Was anfangs nur wie eine Stagnation oder Delle aussah, ist jetzt eine massive Trendumkehr. Der aktuelle Demokratiereport V-Dem spricht eine eindeutige Sprache. Diese eine Statistik fasst den Trend zusammen: 2011 lebten 49 Prozent der Weltbevölkerung (damals ca. 7 Milliarden Menschen) in Autokratien, das sind 3.430.000.000 Menschen. 2021 leben 70 Prozent der Weltbevölkerung (knapp 8 Milliarden Menschen) in Autokratien, das sind ca. 5.400.000.000 Menschen. Das heißt ca. 2.000.000.000 Menschen mehr. Das ist Wahnsinn.

Anteil der Weltbevölkerung, die in Autokratien lebt



DEMOKRATIE WELTWEIT IM JAHR 2021

Aus „Democracy Report“ des V-Dem Institutes

Der Bericht unterscheidet u. a. zwischen

1. **Liberalen Demokratien** → **Demokratie**
2. **Wahl-Demokratien**
3. **Wahl-Autokratien** → **Autokratie**
4. **Geschlossenen Autokratien**

Überblick

Zurück zum Stand von 1989

- Das Niveau der Demokratie, das der durchschnittliche Weltbürger im Jahr 2021 erlebt, ist auf den Stand von 1989 gesunken. Die demokratischen Fortschritte der letzten 30 Jahre wurden wieder ausgelöscht.
- Die liberalen Demokratien erreichten 2012 mit 42 Ländern ihren Höhepunkt und sind nun auf den niedrigsten Stand seit über 25 Jahren gesunken, das sind 34 Länder, in denen nur 13 Prozent der Weltbevölkerung leben.
- Der Rückgang der Demokratie ist besonders deutlich in Asien-Pazifik, Osteuropa und Zentralasien sowie in Teilen Lateinamerikas und der Karibik.

Diktaturen auf dem Vormarsch

- Diktaturen sind auf dem Vormarsch. 70 Prozent der Weltbevölkerung, das sind 5,4 Milliarden Menschen, leben in Autokratien.
- Die Zahl der Diktaturen steigt von 25 auf 30 Länder, in denen 26 Prozent der Weltbevölkerung leben.
- Die Wahlautokratie bleibt der häufigste Regimetyp und umfasst 44 Prozent der Weltbevölkerung oder 3,4 Milliarden Menschen.

Vor zehn Jahren – eine andere Welt

- Es gibt Anzeichen dafür, dass sich das Wesen der Autokratisierung verändert.
- In einer Rekordzahl von 35 Ländern wird die Meinungsfreiheit durch Regierungen eingeschränkt – ein Anstieg gegenüber nur fünf Ländern vor zehn Jahren.
- Signale für toxische Polarisierung: Respekt für Gegenargumente und damit verbundene Aspekte der deliberativen Komponente der Demokratie haben sich in mehr als 32 Ländern verschlechtert – ein weiterer Anstieg gegenüber nur fünf Ländern im Jahr 2011.

Demokratisierer und Autokratisierer

33 Länder werden autokratisiert

- Die Demokratie brach in sieben der zehn wichtigsten autokratisierenden Ländern in den letzten zehn Jahren zusammen.
- Seit 1978 hat die Welt nicht mehr so wenige Demokratisierer verzeichnet – 15 Länder im Jahr 2021, mit 3 Prozent der Weltbevölkerung.

Demokratisierung in den Regionen

- Über alle Regionen hinweg sind Wahlen der Aspekt der Demokratie mit der höchsten durchschnittlichen Verbesserung unter den Demokratisierern.
- In Lateinamerika und der Karibik haben die demokratisierenden Länder die größten Verbesserungen bei der gerichtlichen Kontrolle der Exekutive erzielt, so dass die Regierungschefs stärker rechenschaftspflichtiger sind als noch vor einem Jahrzehnt.

Autokratisierung in den Regionen

- Die Unterdrückung der Zivilgesellschaft hat sich in 22 Ländern verschärft und die Zensur der Medien in 21 der 33 autokratisierenden Ländern.
- Führende Politiker in autokratischen Ländern verringerten in 19 Ländern den Respekt vor Gegenargumenten – ein Zeichen für die sich verändernde Natur der Autokratisierung.

Die wichtigsten Demokratisierer

- Von den zehn Ländern, die sich am stärksten demokratisieren, haben sechs den Übergang von der Autokratie geschafft und sind heute Demokratien.
- Aber nur wenige der Demokratisierer werden sich weiter verbessern.

Die wichtigsten Autokratisierer

- Antipluralistische Parteien treiben die Autokratisierung in mindestens sechs der zehn größten Autokratien an – Brasilien, Ungarn, Indien, Polen, Serbien und der Türkei.
- sechs der 27 EU-Mitgliedsstaaten und drei östliche EU-Nachbarn sind heute Autokratisierer.

Verändert sich die Natur der Autokratisierung?

Ein Jahr der Staatsstreiche

- Die fünf Militärputsche und ein Selbstputsch im Jahr 2021 stellen einen Rekord für das 21. Jahrhundert und eine deutliche Abweichung vom Durchschnitt von 1,2 Putschen pro Jahr dar.
- Die Putsche führten zu vier neuen geschlossenen Autokratien – Tschad, Guinea, Mali und Myanmar.
- Diese „Epidemie von Staatsstreichen“ im Jahr 2021 legt nahe, dass radikalere Aktionen zur Autokratisierung immer häufiger üblich werden.

Eine Welle der Polarisierung

- Ein Zeichen für die sich verändernde Natur der Autokratisierung: die Polarisierung in 40 Ländern steigt auf ein toxisches Niveau.
- Ein toxischer Grad der Polarisierung trägt zu Wahlsiegen von anti-pluralistischen Führern und der Ermächtigung ihrer autokratischen Agenden bei.

Vermehrte Fehlinformationen

- Regierungen nutzen zunehmend Fehlinformationen, um die nationale und internationale Meinung zu beeinflussen.
- Die MENA-Region (Middle East and North Africa) ist die Region mit dem höchsten und am meisten zunehmenden Ausmaß an staatlicher Fehlinformation.

Weitere Informationen
v-dem.net/media/publications/dr_2022.pdf

Die Zukunft ist radikal offen. Nichts hat Ewigkeitsgarantie, auch die Demokratie nicht.
Was bedeutet das für uns, für Mehr Demokratie? Machen wir jetzt einfach weiter und strengen uns noch ein bisschen mehr an?

Ja natürlich machen wir weiter, denn es braucht die Demokratie mehr denn je. Ich bin überzeugt, dass die immer komplexer werdenden Probleme nicht von immer weniger Menschen gelöst und verordnet werden können. Kollektive Fragen und Probleme brauchen kollektive Antworten und kollektive Intelligenz. **Und: dafür braucht es eine andere Art von Demokratie!**

Dafür sind Volksentscheide und Bürgerräte nur ein erster Schritt. Wir müssen noch grundsätzlicher werden. Wir müssen unser ganzes Regierungssystem überdenken und neu gestalten. Neue, heilsamere Strukturen können aber nur bestehen, wenn wir auch unsere politische Kultur auf ein neues Niveau heben. **Denn Kultur ist wichtiger als die Struktur!** Das heißt also eine andere Art der Kommunikation, eine andere Art der Zusammenarbeit und die Integration von Kopf und Herz. Das sind nicht nur rosarote Wünsche, sondern es gibt mittlerweile Tonnen von wissenschaftlicher Evidenz dazu.

Und was stimmt nun?

- Die Welt ist schrecklich.
- Die Welt ist viel besser (als wir glauben).

Ich denke, beides stimmt. Die Welt ist komplex und paradox. Eine wesentliche Zukunftsfähigkeit besteht darin, nicht schnell auf einfache Lösungen zu setzen, sondern Nicht-Wissen und Widersprüchlichkeit auszuhalten. Und wie gehen wir das praktisch an? Dazu mehr in diesem und im nächsten Heft. /

Roman Huber
Geschäftsführender Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie.

Klimakrise und Demokratie

Steffen Krenzer stellt sich und uns offene Fragen

Foto: Kevin Snyman/Pixabay

Energiewende nicht ohne Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger! Diesem Satz widersprechen mittlerweile nur noch wenige. Was sind die sich daraus ergebenden Herausforderungen, vor allem auch im Kontext der Klimakrise?

Zunächst zum Offensichtlichen: Niemand wird gerne bevormundet. Beim Bau von Windanlagen, Solarparks und Netzen hilft vorausschauende Beteiligung dabei, dass Menschen sich nicht übergangen fühlen. Andererseits bietet das Energiesystem der Zukunft, basierend vor allem auf vielen Windrädern und Solaranlagen statt wenigen Großkraftwerken, auch eine Chance für Demokratisierung.

Die – leider sehr große – Herausforderung entsteht durch den Zeitdruck. Wie im folgenden Artikel (S. 11) erläutert wird, kann gutgemachte Beteiligung aber die Energiewende sogar beschleunigen, statt sie, wie oft behauptet, zu verlangsamen.

Der Zusammenhang zwischen Demokratie und Energiewende ist aber noch um einiges größer. Klimaschutz – deren Herzstück die Energiewende ist – braucht demokratische Legitimation und Beteiligung. Umgekehrt braucht die Demokratie aber auch den Klimaschutz. (Siehe auch Magazin 03.2021)

Energie ist „das Blut" unserer Zivilisation – und unserer Barbarei! Ohne Energie funktioniert unsere Gesellschaft nicht. Immer noch sind aber weniger als 20 Prozent davon erneuerbar erzeugt. Die Kontrolle über die anderen 80 Prozent bringen ungeheure Macht mit sich. Für sie werden Kriege geführt, Menschen enteignet und vertrieben, bedroht und ermordet.

Solange wir fossile Energie nutzen, profitieren wir von diesem Machtmissbrauch oder dulden ihn doch wenigstens. Dies gilt für uns als Gesellschaft, in eingeschränktem Maße sogar für uns als Einzelne. Durch den technischen Fortschritt ist die Auswirkung unserer persönlichen Entscheidungen auf die polis – das Gemeinwesen – so groß, dass sich die Frage stellt: Wenn sie nicht politisch sind, was eigentlich dann? Die erste tiefgehende Frage, die sich in diesem Zuge also stellt, ist: Wollen wir länger so tun, als wären unsere Wirtschaftsweise und unser Konsum unpolitisch, als würde unser politisches System unabhängig davon existieren? Wir sollten hier endlich die Verantwortung übernehmen, die aufgeklärten Demokraten würdig ist.

De facto finanzieren wir jeden Tag Konzerne, die sich auf Kosten von Natur und indigener Bevölkerung rücksichtslos bereichern, die seit Jahrzehnten gezielt Desinformationskampagnen betreiben, um unsere demokratischen Debatten zu manipulieren und die in der Krise Gewinn machen, während Frieden und Zusammenhalt durch Inflation und wirtschaftliche Not der Menschen erodiert.

Außerdem stabilisieren wir mit unserem Geld autokratische Systeme. Unsere Abhängigkeit von fossilen Importen macht uns als Gesellschaft unfrei „nur dem Gewissen unterworfene Entscheidungen" zu treffen, wie es dem Anspruch nach für unsere Parlamentarier und Parlamentarierinnen heißt. Was die richtige Reaktion auf den Krieg in der Ukraine ist, lässt sich diskutieren. ▸

Aber selbst, wenn das Richtige eindeutig wäre oder ist – können, würden, werden wir im Angesicht der Abhängigkeit von russischem Gas danach handeln? Oder sind wir eben doch erpressbar?

Und bei all dem ist noch gar nicht erwähnt, dass die Verbrennung fossiler Energieträger die Hauptursache für den Klimawandel ist, bezüglich dessen der Weltklimarat sagt, dass, wenn wir nicht schnell und konsequent genug handeln, es eine plausible Möglichkeit gibt, dass er die zivilisierte Menschheit auslöscht.

Korruption, Umweltzerstörung und Machtkonzentration zersetzen die Demokratie in anderen Ländern schon sehr lange, aber auch in Deutschland spätestens mittelfristig. Und beim Fortschreiten der Klimaveränderungen werden demokratische Handlungsspielräume immer kleiner. Was ist das Fazit aus all dem?

Demokratie ist nie nur ein Geschenk, sondern immer auch eine Aufgabe. Wenn wir aufhören uns zu engagieren und wenn wir nicht anfangen verantwortlich zu handeln, ist sie verloren. Beteiligung ist in Bezug auf die Energiewende ein Recht, aber auch eine Pflicht. Bürgerinnen und Bürger müssen gefragt werden, bevor man Windräder vor ihre Nase stellt. Wir haben aber auch die Verantwortung uns alle dafür einzusetzen – uns daran zu beteiligen – dass die Energiewende endlich umfassend und schnell stattfindet, denn Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit – letztlich wir – brauchen sie dringend.

Anknüpfend hieran stellt sich aber sogar noch eine tiefergehende Frage: Ist eine Demokratie, in der nach Sachzwängen gehandelt wird, noch eine Demokratie?

Wenn aus der Klimabewegung Aussagen kommen, wie zum Beispiel dass mit der Physik nicht zu verhandeln sei, die Dringlichkeit des Problems hervorgehoben und sofortiges, radikales Handeln gefordert wird, löst das oft einen Gegenreflex aus. Demokratie bedeutet doch Spielräume, Aushandlung, Diskussion – diese brauchen Zeit, es braucht Mäßigung und Kompromisse. Wenn dagegen das Ziel nicht zur Diskussion steht, die Wissenschaft bestimmt, was jetzt zu tun ist und das Ganze nicht schnell genug gehen kann, ist das nicht eine Technokratie, oder, wenn der Staat mit entsprechender Stärke dahintersteht, eine „Ökodiktatur"?

Energie ist „das Blut" unserer Zivilisation – und unserer Barbarei! Immer noch sind aber weniger als 20 Prozent davon erneuerbar erzeugt. Die Kontrolle über die anderen 80 Prozent bringen ungeheure Macht mit sich.

Die Frage scheint zunächst theoretisch zu sein, da allgemein die meisten Menschen und Parteien für Klimaschutz sind. Im Konkreten werden aber viele Maßnahmen, die Emissionen mindern würden, unter Verweis auf Freiheit, eine demokratische Debatte, die noch zu führen sei und darauf, dass es auch andere Wege gäbe, verzögert, verwässert oder gänzlich verhindert.

Für Fragen der Beteiligung hat das ganz praktische Konsequenzen: Im Einzelfall sind alle Einwände gegen Klimaschutzmaßnahmen mit Verweis auf den (Un-)Willen der unmittelbar Betroffenen verständlich. Jeder hat ein Recht zu wünschen, dass der Parkplatz vor dem Haus kein Radweg wird, dass das Windrad nicht in Sichtweite steht und auf Autobahnen freie Fahrt herrscht. Im größeren Kontext stellt sich aber die Frage, ob diesem Wunsch auch nachgekommen werden sollte. Praktisch und in der Summe ist es nämlich so: Die Treibhausgasemissionen sind zuletzt gestiegen, statt wie notwendig radikal zu sinken! Es stellt sich die fundamentale Frage: Um die Demokratie zu erhalten – und dem zumindest in Umfragen dokumentierten Willen der Mehrheit Rechnung zu tragen und das Klima zu schützen – müssen nicht im Einzelfall demokratische Rechte eingeschränkt werden? Oder, um es noch prägnanter zu formulieren: Muss im Falle des Klimaschutzes die Demokratie für die Demokratie eingeschränkt werden?

Die neue Koalition in Schleswig-Holstein bejaht dies implizit, wenn sie Klimaschutzbelange von einer Behandlung in direkt-demokratischen Verfahren auf kommunaler Ebene ausschließen will. Der konkrete Vorstoß ist inakzeptabel, da er weit mehr als nur Klimaschutzvorhaben betrifft. Die grundsätzliche Frage bleibt aber: Muss etwas Vergleichbares sein? Oder braucht es nicht stattdessen mehr (aber schnelle) Möglichkeiten zur Mitbestimmung? Wie können diese konkret aussehen? Wäre es zum Beispiel sinnvoll dieses Dilemma im Rahmen eines Bürgerrats zu diskutieren und dann in einem Volksentscheid darüber abzustimmen, wo, wann und wie zukünftig beteiligt werden soll?

Im Themenkomplex Demokratie und Klimaschutz stellen sich akut spannungsgeladene Fragen, denen wir uns widmen sollten. /

Der Text ist ein Meinungsbeitrag und entspricht nicht unbedingt der Position des Vereins.

Steffen Krenzer verantwortet bei Mehr Demokratie den Bereich „Klima und Demokratie".

Foto: pixabay

Teilhabe ermöglichen, Klima schützen

Der schnellere Ausbau erneuerbarer Energien durch bessere Bürgerbeteiligung ist möglich – eine Stellungnahme von Prof. Dr. Anja Hentschel und Magdalena Gutnik

Oft entsteht bei Gesprächen über den Ausbau der erneuerbaren Energien der Eindruck, die Bevölkerung sei gegen die Energiewende. Weit verbreitet ist das Bild von (Bürger-)Initiativen gegen Windenergieprojekte vor Ort und einer Anwohnerschaft, die diese Projekte vor Gericht verhindern will. Wissenschaftliche Studien zeigen jedoch, dass gerade Anwohnerinnen und Anwohner, die in der Nähe realisierter Anlagen leben, diese meist befürworten. Differenzierung ist also nötig.

Denn die Vorstellung von besorgten und klagenden Bürgerinnen und Bürgern, die den Ausbau blockieren, greift zu kurz. Die Hemmnisse sind weitaus vielschichtiger: Komplizierte Ausschreibungen, unklare Vorgaben beim Natur- und Artenschutz, vorgegebene Abstände zur Wohnbebauung und zu militärischen sowie anderen Flugsicherheitseinrichtungen und unsichere Flächenausweisungen auf Regionalplanungs- oder Flächennutzungsplanebene sind nur einige Aspekte, die die erneuerbaren Energien ausbremsen.

Eine Arbeitsgruppe des Projekts „Energiesysteme der Zukunft" (ESYS) – eine gemeinsame Initiative der Wissenschaftsakademien acatech, Leopoldina und Akademienunion – unter der Leitung von Prof. Dr. Ellen Matthies (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) und Prof. Dr. Andreas Bett (Fraunhofer ISE) hat sich diese und weitere Hemmnisse des ▸

Ausbaus angeschaut und im Juni 2022 Handlungsoptionen für den beschleunigten Ausbau von Photovoltaik und Windenergie vorgelegt. In einer besseren Beteiligung der Bevölkerung, der offen, fair und auf Augenhöhe in den Verfahren begegnet wird, sehen die ESYS-Fachleute ein bisher ungenutztes Beschleunigungspotential.

1. Schleppender Ausbau – Fairness und Beteiligung als Beschleuniger

Es klafft eine große Lücke zwischen dem, was gebraucht wird, und dem, was realisiert wird. Gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sollen bis 2030 115 Gigawatt Leistung für die Windenergie installiert sein – Ende 2021 waren es knapp 56 Gigawatt. Pro Jahr sind nunmehr im Schnitt 8 Gigawatt Windenergieleistung zuzubauen. Erreicht hat Deutschland in den Jahren 2019–2021 insgesamt nur 3,7 Gigawatt. Zudem muss sich der Zubau der installierten Photovoltaikleistung auch jährlich vervierfachen, um das Ziel von 215 Gigawatt 2030 zu erreichen.

Für das Gelingen der Energiewende ist es deshalb zentral, Hemmnisse abzubauen. Ein Hebel liegt in guten und verbesserten Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung. Aktuell sind Klagen für Bürgerinnen und Bürger oft der einzige Weg, sich in den Prozess einzubringen. Das ist frustrierend und verlangsamt den ohnehin schon sehr langen Prozess von Windenergieprojekten oft auf unbestimmte Zeit. Transparente Verfahren und eine umfassende frühzeitige Bürgerbeteiligung ermöglichen den Menschen hingegen mehr Mitgestaltung bei Veränderungen, die in ihrem Lebensumfeld passieren. Sie können auch das Verständnis für die komplexen Anforderungen und Zusammenhänge erlebbarer machen.

Seit Jahren zeigen Umfragen eine große Zustimmung zur Energiewende. Dennoch wird die Umsetzung vor Ort oft negativ assoziiert: Sie wird als teuer, langsam und bürgerfern beschrieben. Lokale Akzeptanzprobleme zeigen sich bisher weniger bei der Errichtung von Phovotoltaikanlagen, deutlich gehäuft aber bei Windenergieanlagen: ca. 20 Prozent der Projekte im Genehmigungsverfahren werden beklagt.

Vergleichende Studien zur individuellen lokalen Akzeptanz von bestehenden Windenergieanlagen lassen dabei erkennen, dass die wahrgenommene Fairness der Entscheidungsprozesse ein wichtiger Akzeptanzfaktor ist und Menschen sensibel auf Gerechtigkeitsfragen reagieren. Wer profitiert und wer trägt später die Lasten?

Alle Beteiligten sind unzufrieden mit der Art und Weise, wie der Konflikt zwischen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und den Nutznießern des Ausbaus in Planungs- und Genehmigungsverfahren bearbeitet wird. Wird der Entscheidungsprozess als unfair und ungerecht empfunden und werden Interessen nicht berücksichtigt, führt dies zu Klagen gegen erneuerbare Energieanlagen und zu Blockaden des Ausbaus vor Ort.

2. Defiziten begegnen, Transparenz und Wirtschaftlichkeit fördern

Die wahrgenommenen Defizite im fairen Umgang mit allen zu berücksichtigenden Interessen in den Entscheidungsprozessen sind komplex: Obwohl an verschiedenen Stellen des Planungs- und Genehmigungsprozesses möglich und rechtlich vorgesehen, wird Bürgerbeteiligung fast nur im Genehmigungsverfahren wahrgenommen. In diesem Verfahrensstadium sind aber bereits viele Fragen des „ob" auf den vorgelagerten Stufen der Planung entschieden. Die Planungsschritte wiederum erscheinen als zu abstrakt, als dass die Bevölkerung früh genug auf sie aufmerksam wird. Emotionale Aspekte und Sorgen wie die Veränderung des Landschaftsbilds oder Wertverlust von Immobilien sind in den objektiv ausgelegten Verfahren kaum ein Thema. Fehlende Interaktion und Kommunikation sowohl der Planungs- und Genehmigungsbehörden als auch der Vorhabensträger lassen die Bevölkerung frustriert zurück.

Beteiligungsverfahren müssen deshalb neu gedacht werden. Es bedarf aber nicht einem Mehr an Öffentlichkeitsbeteiligung, denn Möglichkeiten zur Beteiligung bietet der gesetzliche Rahmen genügend. Vielmehr sind die bereits vorhandenen Optionen besser auszugestalten und zu nutzen. Hierfür braucht es eine offene, frühzeitige und lösungsorientierte Ausgestaltung der Verfahren. Vorhandene Beteiligungsoptionen sind besser zu nutzen und Spielräume auszuschöpfen.

Energiewende vor Ort braucht Information und Austausch

Die frühe Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den Planungsprozess kann sich positiv auf den Projektverlauf auswirken. Die Verteilung von Nutzen und Lasten kann bei einer Planung mit frühzeitiger Bürgerbeteiligung offen diskutiert werden. Damit verknüpft sind zum Beispiel Fragen der Flächenauswahl oder eines Bürgerbeteiligungsmodells. Vorgeschaltete informelle Verfahren, die bereits bei der Flächenausweisung für die Windenergie zu nutzen wären, könnten eine höhere Transparenz und mehr Verständnis für die folgenden Schritte der Planung und Genehmigung der Anlagen, aber auch für die Notwendigkeit der Energiewende vor Ort schaffen.

Es existieren bereits vielfältige Formate, die Beteiligungsverfahren verbessern würden, wie Planungszellen, Bürgerräte oder „Decision Theatre". Letzteres setzt auf die Informationsvermittlung mittels Visualisierungen und Simulationen und eignet sich besonders für frühe Planungsphasen. Vor Ort kommt es aber noch kaum zum Einsatz.

Aktuell sind Klagen für Bürgerinnen und Bürger oft der einzige Weg, sich in den Prozess einzubringen. Das ist frustrierend und verlangsamt den ohnehin schon sehr langen Prozess. Transparente Verfahren und eine umfassende frühzeitige Bürgerbeteiligung ermöglichen den Menschen hingegen mehr Mitgestaltung bei Veränderungen, die in ihrem Lebensumfeld passieren.

Bis auf die Bauleitplanung sind frühzeitige Beteiligungsformate nicht verbindlich vorgesehen, sondern in die Entscheidungshoheit der Vorhabenträger und Behörden gelegt. Sie könnten aber vom Gesetzgeber rechtlich verbindlich verankert werden. Ob dies wirklich zu einer Beschleunigung führt, ist jedoch nicht gesagt. Vielfach fehlt es in der Praxis gerade an Vorgaben, „wie", also mit welchen Mitteln und in welchem Umfang, eine frühzeitige Beteiligung durchzuführen ist. Schreibt diese der Gesetzgeber nicht selbst vor, ist mit der rechtlichen Verbindlichkeit eines solchen Verfahrensschrittes für eine bessere Beteiligung auch nicht viel mehr erreicht. Eine freiwillige, frühzeitige Beteiligung auf Planungs- und Genehmigungsebene ist aber auch immer ohne rechtliche Verpflichtung möglich.

Um die Gefahr der frühzeitigen Frontenbildung der Gegner und Befürworter auszuschließen oder wenigstens zu minimieren, sollte ein externer, von Kommune, Behörde und Vorhabenträger unabhängiger Moderator mit der Durchführung der frühen Beteiligung betraut werden. Dann kann ein Austausch auf Augenhöhe stattfinden und Entscheidungen können gemeinsam, nicht notwendig einstimmig, getroffen werden. Die Bürgerinnen und Bürger werden „mitgenommen und nicht überfahren" und werden bei einem als fair und ausgewogen bewerteten Prozess die Entscheidung vor Ort mittragen.

Eine frühe Beteiligung kann auch Fragen der gerechten Verteilung von Kosten und Nutzen aufgreifen und versuchen zu lösen. Hierbei sind nicht nur Aspekte der Flächenauswahl für die Errichtung der Anlagen bedeutsam, sondern auch mögliche finanzielle Beteiligungsmodelle. Diese können sich sowohl an die Bürgerinnen und Bürger vor Ort oder der Region als auch an die Kommunen oder sogar an beide richten. Möglich sind vergünstigte Stromtarife, Sparverträge, Finanzierungsdarlehen oder der Erwerb von Anteilsscheinen. Beispiele für landesweite finanzielle Teilhabemodelle finden sich aktuell in Brandenburg mit der Windenergieabgabe an Kommunen oder in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz, das Anwohnerinnen und Anwohnern ermöglicht, Anteile an einem Windpark zu erwerben. Kommt das Geld dem Gemeinwohl statt Einzelpersonen oder großen Unternehmen zugute, wird dies als gerechter empfunden.

Eine allumfassende Planungs- und Genehmigungskultur zu schaffen, die die kommunale Handlungsfähigkeit stärkt, Gerechtigkeitsfragen aufgreift und damit auch Rückenwind von der Bevölkerung erhält, ist für alle Beteiligten ein Gewinn. Dennoch sind Informationsveranstaltungen auf Augenhöhe und frühe, entscheidungsoffene Beteiligungsverfahren noch nicht selbstverständlich. Solche Beteiligungsformate stärker zu nutzen, ist aber eine Chance für den Klimaschutz und den Aufbau einer dezentralen Energieversorgung. /

Die gesamte Stellungnahme
energiesysteme-zukunft.de/publikationen/stellungnahme/ausbau-photovoltaik-windenergie

Prof. Dr. Anja Hentschel
Professorin für Umwelt- und Energierecht an der Hochschule Darmstadt.

Magdalena Gutnik
Koordinierungsstelle ESYS – „Energiesysteme der Zukunft", Wissenschaftliche Referentin acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften.

Foto Hentschel: Gregor Schuster

Europa und der Ukrainekrieg – Warum Europa eine neue Verfassung braucht!

Von Karl-Martin Hentschel und Stefan Padberg

Die Konferenz für die Zukunft Europas war mit 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der größte Bürgerrat, den es bisher gegeben hat. Und er hat schon jetzt Erstaunliches zustande gebracht! Er hat konkrete Forderungen für eine neue Verfassung der EU formuliert. Das EU-Parlament hat sich mit einer Mehrheit von über 70 Prozent dieses Ergebnis zu eigen gemacht. Aber noch blockieren die Regierungschefs im Europäischen Rat! Insbesondere Dänemark und Schweden sowie die Mehrheit der Osteuropäer wollen das Einstimmigkeitsprinzip im Rat nicht so einfach aufgeben.

Schon seit langem leidet die EU daran, dass Wettbewerb und Wirtschaft im Vordergrund stehen und die Entscheidungswege nicht wirklich demokratisch sind. Der Ukrainekrieg zwingt uns nun erst recht, Europa neu zu denken. Dabei geht es nicht nur um die EU. Auch in Ländern, die nicht Mitglied in der EU sind, spüren die Menschen diese „Zeitenwende", von der so viel die Rede ist. Nicht umsonst werden Aufnahmeanträge für die EU gestellt und sind Menschen verärgert, wenn Aufnahmeverfahren unverhältnismäßig lange dauern. Der EU wächst damit eine neue Rolle in der Welt zu. Der Krieg in der Ukraine, die Spannungen durch die neue Außenpolitik Chinas, die Krise der Demokratie in den USA und die autoritären Entwicklungen in vielen Demokratien von Indien bis nach Brasilien, aber auch innerhalb der EU machen deutlich, dass der bisherige Weg der EU, Wettbewerb und Wirtschaft ins Zentrum der Politik zu stellen, nicht mehr weitergegangen werden kann.

Fotos: Ross Helen/istockphoto; Ian Hutchinson/Unsplash

Europa in der Zeitenwende

Verabschieden müssen insbesondere wir Deutschen uns von der Idee, dass wirtschaftliche Globalisierung unpolitisch ist. Stattdessen sollte die EU allen demokratischen Staaten auf Basis gemeinsamer Werte und Standards, Angebote wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Unterstützung unterbreiten. So können wir in eine Situation kommen, in der sich eine besondere Zusammenarbeit der Demokratien entwickelt und Demokratieentwicklung auch für die Partner im Globalen Süden sich lohnt. Die globale Defensive, in der sich die Demokratien als Folge der bisherigen neoliberalen Form der Globalisierung seit einiger Zeit befinden, könnte so etwas entgegengesetzt werden.

Auch der EU-Binnenmarkt muss jetzt endlich eine soziale und ökologische Komponente erhalten. Soziale und ökologische Mindeststandards dürfen nicht mehr auf dem Altar der „Vier Freiheiten" geopfert werden, weil sie angeblich den „freien Verkehr" der Waren behindern. „Menschen first"! Wenn die Menschen das nicht in ihrem tagtäglichen Leben erleben, werden sie diese EU auch nicht zu schätzen wissen.

Eine EU der Dreißig oder Fünfunddreißig braucht eine Reform ihrer Entscheidungsstrukturen. Für die Weiterentwicklung der Demokratie auf EU-Ebene ist es entscheidend, dass die Debatten und Entscheidungen über politische Themen aus der Kommission und aus dem Rat verstärkt ins Parlament verlagert werden. Dazu gehört auch, dass das Parlament alle klassischen Rechte bekommt: Initiativrecht, Haushaltsrecht und Wahl der Kommission.

Dies ist ohne Vertragsänderungen nicht zu erreichen. Insbesondere in den Bereichen Klima und Sicherheit brauchen wir effektivere Entscheidungsverfahren. Mehr Demokratie hat in den letzten Jahren Vorschläge für eine neue Verfassung der EU erarbeitet. Dabei kam es uns darauf an, einerseits die Handlungsfähigkeit zu erhöhen. Aber andererseits braucht die EU auch eine Stärkung der Regionen und Kommunen durch eine starke Subsidiarität der Kompetenzen und eine dezentrale Verteilung der finanziellen Fördermittel.

Weiterhin schlagen wir vor, dass der Rat durch einen direkt gewählten Senat ersetzt wird. Im heutigen Rat dominieren zu sehr die Interessen der nationalen Regierungen, die sich gegenüber der jeweiligen Opposition in ihrem Land profilieren müssen. Ein direkt gewählter Senat repräsentiert hingegen nicht nur die Regierungsmehrheiten und kann eher die Sichtweise der Regionen und Staaten mit einer europäischen Sichtweise verbinden.

Deshalb halten wir auch das Spitzenkandidatenverfahren und erst recht eine Direktwahl von Präsidenten für ungeeignet, die Polarisierungen in der politischen Debatte aufzulösen. Das zeigen alle Erfahrungen mit Präsidialsystemen wie in den USA, Frankreich oder Russland, die stets zu einer starken Personalisierung führen. Wir brauchen stattdessen Konsensverfahren in der Regierung nach Schweizer Vorbild.

Grade der Integration

Die zunehmende Integration der EU ist ein Entwicklungsprozess, der Zeit braucht. Deshalb sollten auch unterschiedliche Integrationstiefen in Betracht gezogen werden. Die Nationalstaaten werden auf lange Zeit noch ein wichtiger Identifikationsfaktor für ihre Bürgerinnen und Bürger sein. Wenn die Mehrheit in einem einzelnen Land gegen eine bestimmte Entscheidung eingestellt ist, sollte man, wo das Sinn macht, ein „Opting out" (Option einer begrenzten Nicht-Teilnahme) ermöglichen.

Der Krieg in der Ukraine zwingt die EU dazu, sich im Bereich der Sicherheitszusammenarbeit anders aufzustellen als bisher. Verschiedene Militärfachleute haben eine einheitliche Strategie und Befehlsstruktur auf europäischer Ebene gefordert. Vielfach wird auch davon gesprochen, dass eine „europäische Säule" der NATO geschaffen werden müsse, die mit einer gewissen Unabhängigkeit von den USA agieren könne. Intergouvernemental wird sich dies nur schwer verwirklichen lassen. Das zeigen alle bisherigen Erfahrungen. Davon abgesehen wäre die Vorstellung einer europäischen Sicherheitsstruktur, die lediglich durch einen nach dem Einstimmigkeitsprinzip agierenden Rat legitimiert ist, aus demokratischer Perspektive eine Unmöglichkeit. Wir sehen auch in diesem Bereich die Notwendigkeit einer europäischen Verfassung, die die Sicherheitsstrukturen an europäische Werte bindet und der parlamentarischen Verantwortung unterstellt.

Wer ein Europa will, das seine Interessen schützen und gleichzeitig der Vielfalt und dem Frieden, der Demokratie und dem Wohlstand in der Welt dienen kann, kommt um eine solche europäische Verfassung nicht mehr herum. Wer eine solche Verfassung ablehnt, stimmt letztendlich zu, dass wichtige Entscheidungen über unser Wohlergehen in Europa weiterhin in Moskau, Peking oder Washington gefällt werden können, weil wir hier die nötigen Formen der Zusammenarbeit zu schaffen nicht in der Lage sind. /

Karl-Martin Hentschel
Mitglied im Bundesvorstand.

Stefan Padberg
Moderator des AK Europa.

Foto: Anastasiia Krutota/Unsplash

Im Demokratieindex der Zeitschrift „The Economist“ steht die Ukraine auf Rang 86 von 167 Ländern. Sie wird als „Hybridregime“ eingestuft, so wie weltweit 20,4 Prozent der Länder. Im Bertelsmann „Transformationsindex“ für 2022 erzielte die Ukraine 6,80 von 10 Punkten im Index für Demokratie und wird als „defekte Demokratie“ eingestuft. Gleichzeitig wird die Ukraine im Kampf gegen die russische Aggression wie nie zuvor zu einer Nation, geeint in ihrem Willen frei zu sein. Der mögliche EU-Beitritt beflügelt diesen Willen und so steht die Ukraine stellvertretend auch für den Kampf zwischen Demokratie und Autokratie. Darf man in einer Situation, in der die Ukraine um ihr Überleben kämpft, die Frage nach der Qualität der ukrainischen Demokratie aufwerfen? Aus der Sicht von Mehr Demokratie sollten wir es tun und genauer auf die demokratischen Risiken und Chancen schauen, um nicht ein Ideal mit der Realität zu verwechseln.

Zivilgesellschaft und Demokratie im Krieg in der Ukraine

Ein Einblick von Dr. André Härtel

Der Krieg wütet. Doch die Züge fahren weiter, so der Titel einer Reportage aus dem Spiegel über die ukrainische Eisenbahn. Was aber ist eigentlich mit den anderen wichtigen Stützen einer modernen demokratischen Gesellschaft? Was ist mit der Wirtschaft, dem Parlament? Wie geht es eigentlich der Zivilgesellschaft unter dem Eindruck des Krieges? Diese Fragen stellte Dominik Schottner an Dr. André Härtel von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Ich erinnere mich noch aus den ersten Wochen des Krieges an Fotos, wo Menschen zum Beispiel Straßensperren gemeinsam errichtet, Molotowcocktails zusammen hergestellt, aber auch, wie sie Hilfstransporte organisiert haben. Zusammenzufassend kann man sagen: einen großen gesellschaftlichen Zusammenhalt, den man an diesen Fotos ablesen konnte. Traf das zu? Und wenn ja, ist das heute immer noch so?

André Härtel: Das traf zu und das ist auch immer noch so. Ich spreche bei diesem Phänomen im Grunde genommen von einem Volkskrieg. In der internationalen Berichterstattung spielen natürlich die Erfolge des ukrainischen Militärs und die politische Führung Präsident Selenskyjs eine sehr große Rolle. Was aber immer unterschätzt wird, ist eben diese gesellschaftliche Mobilisierung, die wir in der Ukraine seit dem 24. Februar sehen; die Freiwilligenarbeit, insbesondere bei der Unterstützung der Armee und eben auch der Flüchtlinge. Und diese gesellschaftliche Mobilisierung, die geht eben nicht nur von der altbekannten Zivilgesellschaft aus, sondern die geht auch von der Restgesellschaft aus. Umfragen haben uns jetzt gezeigt, dass in der Gruppe der bis zu 29-Jährigen 70 Prozent als Freiwillige aktiv sind. Und mit zunehmendem Alter nimmt dieser Prozentsatz auch nur gering ab. Also wir können davon ausgehen, dass über die Hälfte aller Bürger, die in der Ukraine verblieben sind, sich auf die eine oder andere Weise engagieren. Dazu kommen Unternehmer, die in ungekannter Höhe Spenden an die Armee leisten. Das alles sind ganz entscheidende Faktoren. Diese sind bisher kriegsentscheidend, neben der hohen Motivation der Armee und der politischen Führung.

Das heißt, es ist kein gespaltenes, sondern eher ein vereintes Land?
Absolut. Also diese Einheitsfront, die hält bisher stand. Es gibt allerdings auch Phänomene, wo man sieht, dass Vorkriegstrends in die Politik zurückkehren: beispielsweise die Auseinandersetzung zwischen Selenskyj und seinem Vorgänger, die Auseinandersetzung zwischen Zentrum und regionalen politischen Akteuren.

Und was sind das für Konflikte, die da wieder aufbrechen?

Wir sehen insbesondere, dass der Konflikt zwischen Selenskyj und Poroschenko, dem Führer der stärksten Oppositionspartei, wieder aufgebrochen ist. Selenskyj hat beispielsweise die Medienkanäle, die TV-Kanäle Poroschenkos unter, ich würde sagen, relativ fadenscheinigen Gründen, sperren lassen. Das ist ein Konflikt, den wir schon sehr lange beobachten und der uns natürlich, was den demokratischen Charakter der Selenskyj-Herrschaft angeht, doch zu denken gibt.

Weil sie gerade Oppositionspolitiker ansprachen. Es gibt auch durchaus einige, die mit Russland, ich nenne es jetzt mal sympathisieren, die auf jeden Fall starke Verbindungen nach Russland haben.
Diese Organisationen oder auch Parteien haben jetzt natürlich einen sehr ▸

schweren Stand. Diejenigen Parteien, die als prorussisch eingeschätzt werden, sind in der Ukraine sukzessive verboten worden. Hier wurde zunächst vom Sicherheitsrat eine Entscheidung getroffen, diese Parteien zu verbieten. Gerichte haben in den letzten Tagen und Wochen diese Entscheidung nachvollzogen. In einigen Fällen, wie beispielsweise bei der ehemaligen Oppositionsplattform „Für das Leben", die von Viktor Medvedchuck von einem Freund Putins geführt wurde, ist die Verbindung zu Russland sehr klar nachvollziehbar. Bei anderen ist dieses Label prorussisch aber zum Teil auch eine Fremdzuweisung. Diese Parteien oder Organisationen hätten sich selbst nicht so bezeichnet. Es irritiert schon, dass unter den politischen Eliten auch im Parlament, wo man an einer gewissen Unabhängigkeit der Institutionen und auch der Institution Partei interessiert sein sollte, dieses Phänomen nicht stärker diskutiert wurde in seinen Konsequenzen. Beispielsweise kann das dazu führen, dass sich Angehörige dieser Parteien auf lokaler Ebene noch stärker von der Zentralmacht entfernen, was auch ein gewisses Risiko darstellt.

Jetzt haben Sie gerade schon das Parlament angesprochen. Das arbeitet aber noch.

Das Parlament arbeitet. Es gab nur eine kurze Unterbrechung in den ersten Kriegstagen. Seit etwa Mitte März tagt das Parlament wieder regelmäßig. Es ist allerdings überwiegend mit dem Krieg selbst beschäftigt. Wie beispielsweise mit Gesetzen gegen Kollaborateure oder mit der Abstimmung zwischen den zivilen Selbstverwaltungsorganen und der Militärverwaltung. Das sind die derzeitigen Aufgaben des Parlaments. Zudem sind viele Parlamentsabgeordnete natürlich in ihren Wahlkreisen bei der Unterstützung der Armee, bei der Unterstützung der Territorialverteidigung oder bei der humanitären Hilfe tätig. Aber das Parlament kommt mit weit über 300 Abgeordneten regelmäßig zusammen und es finden auch Aussprachen statt.

Und die Machtbalance zwischen Parlament und Exekutive, wie ist die?

Es ist so, dass der Kriegszustand, der in der Ukraine ausgerufen wurde, seit Beginn dieses Krieges und bis heute, es dem Präsidenten natürlich erlaubt in Grundfreiheiten, das Recht, sich zu versammeln, die freie Meinungsäußerung, einzugreifen. Es können auch während des Kriegszustandes keine Verfassungsänderungen stattfinden, keine Wahlen oder Referenden. Allerdings ist es nicht so, dass die Gewaltenteilung als solche aufgehoben wird. Das heißt, alle Angelegenheiten, die diese Gewaltenteilung betreffen, also dieses Grundstruktur-Prinzip der Demokratie, die werden auch im Kriegszustand aufrechterhalten.

Das heißt, die Demokratie in der Ukraine funktioniert noch?

Die Demokratie in der Ukraine funktioniert. Es gibt allerdings leichte Tendenzen von Wolodymyr Selenskyj, die wir schon vor dem Krieg beobachtet haben, den politischen Raum, insbesondere über Interventionen im Mediensystem, zu beherrschen. Er hat mit Bezug auf den Kriegszustand eben auch die Berichterstattung der Medien bündeln lassen, mit Begründung der Informationssicherheit. Man merkt doch stark, dass er versucht, eben doch diesen Kriegszustand auch für sich zu nutzen, die Popularität für sich zu nutzen, um seine Herrschaft über den politischen Raum auszudehnen. Das betrifft aber vor allem die Medien, weniger die anderen Gewalten.

Und die Reformvorhaben, mit denen er angetreten war, als er gewählt wurde. Was passiert mit denen? Fallen die ein bisschen hinten runter oder kann er die aufgrund seiner Popularität dann umso leichter umsetzen?

> **„Während der ersten Monate dieses großen Krieges stellte sich wirklich eine gewisse Taubheit ein, als wäre man außer Atem, als könnte man die bittere Kriegsluft einfach nicht ausatmen. Was blieb in dieser Situation zu tun? Mach etwas, das deinen Mitmenschen zugutekommt, denen, die Hilfe brauchen […] Du bist glücklich, wenn deine Hilfe jemandem das Leben rettet."**
>
> Serhij Zhadan, Schriftsteller

Es ist schwer während des laufenden Krieges, der im Grunde genommen alle Energie aus diesem politischen System zieht, über Reformen zu sprechen. Ja, es wurde endlich die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ratifiziert. Ich bin aber skeptisch was große Fortschritte bei der Europäisierung in gesellschafts- und minderheitspolitischen Fragen angeht. Durch den Krieg werden m. E. traditionelle Werte, wie eine Art ukrainischer Kulturnationalismus mittelfristig eher an Auftrieb gewinnen.

Einerseits liegen Reformen brach, sie werden während des Krieges nicht weitergeführt. Andererseits ist es so, dass der Krieg wie unter einem Brennglas gezeigt hat, wo zu zurückhaltend oder eben nicht reformiert wurde. Ein Beispiel ist das Gesundheitssystem. Obwohl Ärzte und Krankenschwestern hier Übermenschliches leisten, fehlen auch nach der Reform, die in den Jahren nach dem Euromaidan begonnen wurde, einfach die Kapazitäten, moderne Krankenhäuser, moderne Ausstattung, um jetzt mit dieser Vielzahl an schwerverletzten Soldaten und Zivilisten irgendwie zurecht zu kommen. Wir wissen, dass in Amputationsfällen oftmals vom Ausland geholfen und ausgeflogen werden muss. Auch ist es so, dass Reformgegner, die natürlich weiterhin auch in den politischen Institutionen existieren, versuchen, mit dem Argument des Kriegszustandes und dem Sicherheitsargument, bestimmte Reformen rückgängig zu machen oder zu sabotieren. Wir wissen derzeit von Gesetzesentwürfen, dass hier der sehr intransparente und mächtige Inlandsgeheimdienst nach seiner gerade erst geplanten Verschlankung, wieder gestärkt werden soll. Ein anderes bedenkliches Phänomen ist, dass Parlamentarier versuchen, dem Antikorruptionsbüro, dem sogenannten NABU, gewisse Fälle zu entziehen. Mit der Begründung, dass bisher korrupte hohe Beamte jetzt eben einfach zur Stabilisierung und zur Verteidigung des Staates benötigt werden und dass man gegen die nicht mehr prozessieren könnte.

> **„Plötzlich kämpfen alle, mehr Volksarmee als unsere geht nicht. Nur bei uns können an ein und demselben Checkpoint ein Zirkusclown und eine Lehrerin mit Rehaugen stehen. Nur bei uns dienen in einem Zug ein Vater als Maschinengewehrschütze und seine Tochter als Scharfschützin […] Die früheren Trennlinien sind verschwunden. Sie haben keine Bedeutung mehr […] Wir haben noch nicht gesiegt, doch wir haben bereits gesiegt. "**
>
> Pawlo Kasarin, Publizist

Aber gerade der Kampf gegen die Korruption wäre ja auch wichtig, um dem angestrebten Beitritt zur Europäischen Union näher zu kommen. Gibt es da Aussichten, dass das wirklich auch durchgesetzt wird?

Das ist eine schwierig zu beantwortende Frage. Sowohl Poroschenko als auch Selenskyj sind keine radikalen Reformer. Sie bekennen sich zwar zu Reformen, gerade im Bereich der Justiz, im Antikorruptionsbereich, aber im Zweifel ist ihnen die Stabilität ihrer eigenen Macht und Herrschaft immer wichtiger als diese langfristigen Fragen. Ich persönlich gebe der ukrainischen Führung, wenn ich mir alle Reformbereiche seit 2014 so anschaue, eine 3+ als Note. Es wurden ja etliche Reformen nebeneinander verwirklicht. Ein Fehler, den man vielleicht gemacht hat in der Ukraine ist dieses Möglichkeitsfenster, was es nach 2014 gab, nicht schnell genug genutzt zu haben für Strukturreformen. Wir sehen in einigen Reformbereichen sogenannte Potemkin'sche Dörfer. Das heißt, hier hat man zwar neue Institutionen geschaffen, hinter denen sich aber die alten, am Status quo orientierten, Eliten verbergen. Die große Hoffnung könnte natürlich sein, dass es mit dem jetzigen Kandidatenstatus für eine Aufnahme in die Europäische Union zu einem ganz wichtigen Anreiz kommt. Dass dann die Reformbefürworter beispielsweise Aufwind gewinnen und es einfacher haben werden, in den nächsten Jahren, durch dieses Argument des zukünftigen Beitritts zur Union sich in diesen Reformkriegen, wie ich es nenne, gegen die Gegner durchzusetzen.

Also nicht mehr nur ein Fenster der Möglichkeiten, sondern eine ganze Tür vielleicht oder sogar ein Tor, durch das man aber auch immer noch durchgehen muss.

Auf alle Fälle. Die Ukraine hat, im Vergleich zu Russland und Belarus, die sich zurückentwickelt haben hin zu einer harten Autokratie oder manche sagen sogar Diktatur, erhebliche Erfolge aufzuweisen. Sie ist da auf einem ganz anderen und sehr hoffnungsvollen Weg. Aber dieser Weg ist bisher in vielen Bereichen eben nur zur Hälfte bestritten worden. /

Der Text beruht auf dem Podcast „Unter Druck: Was der Krieg für die innenpolitische Entwicklung der Ukraine bedeutet" vom 21. Juni 2022 und wurde von Dr. Härtel aktualisiert. Die Fragen stellte Dominik Schottner. Der Podcast kann hier vollständig angehört werden:

www.swp-berlin.org/publikation/unter-druck-was-der-krieg-fuer-die-innenpolitische-entwicklung-der-ukraine-bedeutet

Dr. André Härtel
ist Osteuropaexperte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Foto: Yanosh Nemesh/istockphoto

Manifest der Zivilgesellschaft 2022 – Erklärung von Lugano

Am 4. Juli haben Mitglieder der ukrainischen Zivilgesellschaft ein „Manifest der Zivilgesellschaft" auf der Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine („Ukraine Recovery Conference") in Lugano vorgestellt. Nachstehend finden Sie Auszüge des Manifests, welches von vielen den wichtigsten demokratischen Initiativen des Landes getragen wird und den Weg zum Aufbau einer demokratischen Ukraine skizziert.

Wir, ukrainische Männer und Frauen unterschiedlicher Herkunft, Sprache, Bildung, Weltanschauung und Glauben, Berufen und Interessen, sind durch das gemeinsame Verständnis dieser schwierigen Herausforderung, vor der die Ukraine und die Welt stehen, vereint. Uns treibt der unermessliche Wunsch an, die Menschen und die Menschheit zu schützen und die schreckliche Zerstörung von Leben zu verhindern. Denn dies hat den größten Wert der menschlichen Zivilisation [...].

Die Wiederherstellung der Infrastruktur und des friedlichen Lebens in der Ukraine sollte nach neuen Standards erfolgen und zur Nachhaltigkeit der neuen Institutionen beitragen. Die Last des Krieges und das damit verbundene Leid sollten die politischen Eliten und einige Mitglieder der Gesellschaft nicht dazu bewegen, autoritäre Regierungssysteme zu unterstützen und populistische Lösungen zu suchen [...].

Daher wollen wir bei aller Anerkennung unserer Vielfalt und Meinungsverschiedenheiten gemeinsame Grundsätze und einen Rahmen für die Zukunft erklären, für die Millionen von Ukrainern täglich ihr Leben riskieren. Alle Entscheidungen über das künftige System und den Wiederaufbau der Ukraine müssen die folgenden Kriterien erfüllen:

1. Die Ukraine ist ein Staat mit einer europäischen Identität, der gemeinsame Werte und eine gemeinsame Geschichte mit anderen europäischen Nationen teilt und sich als Teil der europäischen Familie betrachtet.
2. Die Ukraine ist eine repräsentative Demokratie mit einem wettbewerbsfähigen politischen Prozess, mit politischen Eliten, die durch ein legales Verfahren wechseln, mit fairen und freien Wahlen, mit Meinungsfreiheit und unabhängigen Medien, mit geschützten Menschenrechten und einer fähigen lokalen Selbstverwaltung.
3. Die Ukraine ist eine offene Marktwirtschaft mit gleichen Regeln für alle und minimalen staatlichen Eingriffen, die durch Gesetze begrenzt sind.
4. Die Ukraine ist ein geschützter Raum für die Entwicklung der ukrainischen und krimtatarischen Kultur sowie der gegenwärtigen Vielfalt verschiedener Kulturen und Identitäten.
5. Die Ukrainer werden auf allen Ebenen in den Entscheidungsprozess über ihre Zukunft einbezogen. Alle Entscheidungsprozesse sind transparent und partizipativ. Entscheidungen werden mit Blick auf ihre langfristigen Folgen diskutiert und getroffen.
6. Niemand hat ein Monopol auf Entscheidungen, die alle betreffen. Die Zivilgesellschaft ist ein wichtiges Instrument für die Beteiligung der Bürger am öffentlichen Leben. Nationale und lokale Regierungen sind offen für die Interaktion mit der Zivilgesellschaft.

Rote Linien, deren Überschreitung unter keinen Umständen akzeptabel ist, da sie existenzielle Risiken für die Ukraine und die Ukrainer mit sich bringen:

1. Verlust der staatlichen Unabhängigkeit und territorialen Integrität, Deportation von Bürgern, Verweigerung des Schutzes der Menschenrechte.
2. Einfrieren des Konflikts oder Aufschieben seiner Lösung, was es der Russischen Föderation ermöglichen würde, sich zu erholen und stärker zu werden, um den Krieg gegen die Ukraine fortzusetzen oder Hindernisse für die Entwicklung der Ukraine zu schaffen.
3. Zerstörung oder Unterdrückung der Identität, Kultur, Sprache, Rechte und Freiheiten der Bürger.
4. Demontage der demokratischen Institutionen, des Systems der gegenseitigen Kontrolle, Ablehnung des demokratischen Prozesses oder dessen Manipulation.
5. Verstärkter staatlicher Interventionismus in der Wirtschaft.
6. Geringere Transparenz in der öffentlichen Verwaltung, Ausweitung von Praktiken, die zu Korruption führen.
7. Ablehnung der europäischen und euro-atlantischen Integration.

Vorrangige Aufgaben für die Entwicklung der Ukraine:

1. Wiederherstellung und Stärkung der nationalen Sicherheit, auch durch den Beitritt zum System der kollektiven Sicherheit.
2. Wiederherstellung und Schutz der menschlichen Sicherheit, auch vor dem totalitären Erbe der sowjetischen Praktiken im ukrainischen politischen System; Schaffung von Bedingungen für die Rückkehr von Bürgern, die gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen oder die deportiert oder gefangen genommen wurden.
3. Schutz und Entwicklung eines demokratischen Regierungssystems sowie der politischen Rechte und Freiheiten der Bürger.
4. Herstellung der Rechtsstaatlichkeit, Schaffung eines unabhängigen, auf Integrität beruhenden Justizsystems und eines effizienten und gerechten Systems der Strafverfolgung.
5. Ganzheitliche Entwicklung des Humankapitals, Modernisierung des Wissenschafts- und Bildungssystems, Aufarbeitung historischer Traumata, Stärkung der Achtung der Menschenwürde.
6. Schutz aller Arten von Eigentumsrechten und Förderung aller privaten Initiativen, die Bedingungen für die freie Entwicklung des Unternehmertums schaffen.
7. Entwicklung der lokalen Selbstverwaltung und Subsidiarität in der öffentlichen Verwaltung.
8. Regeneration der Bevölkerung und der natürlichen Umwelt über die historischen Aufzeichnungen hinaus, Modernisierung der Wirtschaft und der Infrastruktur, europäische Integration.

Alle Maßnahmen, die darauf abzielen, der Ukraine in diesem entscheidenden Moment der Geschichte zu helfen, müssen die oben genannten Kriterien erfüllen. Die Festlegung der Vision für die Nachkriegsukraine, der Strategie für Wiederaufbau und Modernisierung sowie konkreter Pläne und Projekte auf allen Ebenen sollte nicht in einem engen Kreis und unter dem Druck der aktuellen Umstände erfolgen, sondern in offener, transparenter und inklusiver Weise unter Einbeziehung der relevanten Akteure. In all unserer Vielfalt sind wir – Freiwillige, Aktivisten, Unternehmer, Geschäftsleute, Fachleute – durch den gemeinsamen Wunsch geeint, diese Grundsätze umzusetzen, denn dies ist unser Beitrag zu einer gemeinsamen Zukunft. /

Das gesamte Manifest und die Liste der Unterstützer finden Sie unter:
ukraineverstehen.de/manifest-der-zivilgesellschaft-2022

Trauma, Krise und Demokratie – Polarisierung überwinden

Ergebnisse eines Forschungsprojekts – vorgestellt von Dieter Halbach

Foto: Avigator Fortuner/shutterstock

Wir erleben in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung von miteinander verbundenen Krisen. Diese Krisen führen zu einer Polarisierung bis hinein in die persönlichen Beziehungen. Krisen wirken dabei wie Katalysatoren, die alte, im kollektiven Gedächtnis gespeicherte, nicht verarbeitete traumatische Erfahrungen aktivieren können und zu gesellschaftlicher Fragmentierung beitragen.

Unsere Forschungsfrage war: Wie kann das Verständnis von kollektiven Traumadynamiken helfen, unsere Demokratie zu stärken und Polarisierung zu überwinden?

Ein erstes Resümee ergab:

- Der Forschungsprozess hat zum einen deutlich gemacht, wie überfordert Menschen von den multiplen Krisen sind; wie weit sich Menschen aus der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zurückgezogen haben; wie schwer erschüttert das Vertrauen in die Politik ist;
- Zum anderen zeigte sich, dass der Prozess vielen Teilnehmenden eine vertiefte Resonanzerfahrung mit dem eigenen Erleben und dem Erleben Dritter ermöglichte, so dass viele Teilnehmende eine Erfahrung lebendiger Bezogenheit im Kontext der Demokratie gemacht haben.

Das Forschungsprojekt

In einer Zusammenarbeit von Mehr Demokratie mit dem Pocket Project wurde dieser Fragestellung in einem Online-Workshop im Frühjahr 2022 nachgegangen. Die Veranstaltung bot die Chance, neue demokratische und traumabewusste Beteiligungsmöglichkeiten zu erproben. Ziel war es, die gegenseitige Wahrnehmung und die Verständigung über gesellschaftliche Gräben hinweg zu unterstützen. Dafür wurde der kollektive Trauma-Integrationsprozess wie er von Thomas Hübl entwickelt und in der Arbeit des Pocket Project angewendet wird, mit Hilfe der SenseMaker® Software erforscht. Als Projektpartner für die wissenschaftliche Begleitung des Projektes konnte das Institut für integrale Studien (ifis), Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) sowie das Cynefin Center, Hub für Aktionsforschung und Entwicklung, gewonnen werden.

Der Großgruppen-Prozess fand als Online-Veranstaltung von 28. April bis 1. Mai 2022 statt. Der Prozess wurde von Thomas Hübl und Team geleitet; die demokratiebezogenen Inhalte wurden von Roman Huber und Claudine Nierth von Mehr Demokratie eingebracht. An dem kostenlosen „Pre-Call" einem vorgelagerten Gespräch zwischen Thomas Hübl und Claudine Nierth am 11. April 2022, nahmen 1.200 Personen teil. Insgesamt 355 Personen nahmen an dem Großgruppen-Prozess selbst teil.

Der Großgruppenprozess

Der traumainformierte Großgruppenprozess (Collective Trauma Integration Process) hat sich über zwei Jahrzehnten hinweg entwickelt. Im Zentrum steht die bewusste Wahrnehmung emotionaler, kognitiver und körperlicher Prozesse sowie der Beziehung zu anderen und zur Gruppe als Ganzes.

Der Prozess besteht aus folgenden Elementen:

Einzelarbeit vor der Großgruppe: Teilnehmende werden eingeladen, persönliche Themen vor der Gruppe mit der Gruppenleitung zu bearbeiten.

Meditations- und Wahrnehmungsübungen: Die Übungen helfen den Teilnehmenden, sich während des Prozesses besser selbst wahrzunehmen und zu regulieren.

Gemeinsame Reflexionsräume in Kleingruppen: Kleingruppen von drei bis fünf Teilnehmenden dienen als „Verdauungsräume", in denen die gemachten Erfahrungen gemeinsam reflektiert werden können.

Angeleitete Schreibübungen: Schreibübungen eröffnen den Teilnehmenden die Möglichkeit der thematischen Selbsterforschung und Differenzierung.

Umfrage oder Stimmungsabfrage: Die Teilnehmenden machen kurze persönliche Aussagen zu einer spezifischen Frage.

Gespräche mit Experten: In thematischen Gesprächen werden mit Fachleuten inhaltliche Fragen reflektiert.

Einzelgespräche: 20 ausgebildete Assistenten standen bereit, in ca. 60 Einzelgesprächen autobiographische Aspekte und Prozesse zu vertiefen.

Der Forschungsprozess

Um der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes zu entsprechen, wurde ein qualitativer und narrativer Ansatz gewählt. Unser Hauptinteresse bestand darin, möglichst viele Selbst-Erzählungen der teilnehmenden Menschen einzufangen. Zentrales Erhebungsinstrument war dafür die SenseMaker® Software, ein innovatives und im Kontext der Erforschung komplexer Systeme gut erprobtes Instrument (im Folgenden: SenseMaker®).

Trauma und Demokratie

Teilnehmer-Geschichten (Sensemaker®)

Demokratie:
Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit

Politikverdrossenheit
Ich habe gestern Nachrichten angesehen und dabei gemerkt, dass ich seit der letzten Wahl fast keine Namen unserer MinisterInnen mehr kenne. Es ist mir aber auch fast egal […] So, als spiele es keine Rolle, wer da nun gerade am Ruder ist – von allen ist nicht wirklich Gutes zu erwarten. Mein Vertrauen in unseren Staat und seine VertreterInnen ist sehr geschwunden!

Trauma und Demokratie
Mir ist heute ganz klar der Zusammenhang zwischen meiner Erfahrung als Neugeborenes von meiner Mutter getrennt worden zu sein – und eine Nacht alleine im Brutkasten verbracht zu haben – hin zu meiner Getrenntheit zur Politik bewusst geworden. Der Zusammenhang wie vertrauensvoll oder eben nicht vertrauensvoll man sich der Welt zeigt und sich einbringt.

Manipulation
Ich fühle gerade, wie mich das Thema Führung herausfordert. Ich nehme die Regierungen in Deutschland als sehr führungsschwach wahr. Sie handeln zwar mit Lockdowns, aber meine Wahrnehmung ist, dass sie getrieben sind, von ihrer eigenen Angst, aber auch von Wirtschaft und Machtstrukturen. Ich kann aus den Erfahrungen meiner Kindheit nach dem zweiten Weltkrieg und meinem Gefühl, wachsam sein zu müssen gegenüber Führung und Manipulation, nicht einfach dem Narrativ der Regierung und der Presse folgen. Ich hätte mir gewünscht, gesehen, respektiert und informiert zu werden […] So musste ich als Mensch, der den Rechtsstaat schätzt und ehrt, einfach unreflektiert den Maßnahmen folgen.

Auswertung
Die Achse „festgefahren, verhärtet" – „überwältigend, diffus, verwirrend" zeigt deutlich auf, dass viele Teilnehmende ihr Vertrauen in die Politik verloren haben und aus der Gesellschaft aussteigen. Der Fokus des Engagements, wenn überhaupt vorhanden, verlagert sich dabei auf den unmittelbaren, lokalen Ort, wo etwas noch bewegbar erscheint. Die Kontaktfähigkeit zwischen Bevölkerung und Repräsentanten der Politik erscheint gestört.

Corona-Pandemie:
Zwischen Aktivierung und Taubheit

Verwirrung
Das Schlimmste ist für mich der Vertrauensverlust, ich weiß nicht welchen Meldungen ich glauben kann. Den Nachrichten, den kritischen Medien. Ich habe Angst, auf der falschen Seite zu stehen und positioniere mich gar nicht, damit gehöre ich nirgends dazu. Das hat mich unzufrieden gemacht.

Emotionales verstehen
Ich habe in der Coronazeit große Orientierungslosigkeit erlebt und habe sie versucht, durch noch mehr Informationen zu verändern. Also ihr kognitiv zu begegnen, was mir nicht gelang. An diesem Wochenende wurde mir klar, dass ich dieses Gefühl der Orientierungslosigkeit als Kind sehr gut kannte und ich sehr darunter gelitten habe. Ich musste schon früh immer selbst entscheiden, mein Vater war sehr früh verstorben und meine Mutter bot mir keine Orientierung und Führung. Ich bin froh, die Situation jetzt besser zu verstehen. Diesem alten aktiviertem Gefühl kann ich nicht kognitiv begegnen, sondern muss mich ihm zuwenden.

Schock durch Freundesverlust
Die Corona-Maßnahmen haben für mich sehr schmerzhafte Erfahrungen gebracht. Meine zunehmend kritische Haltung wurde im engsten, persönlichen Freundeskreis von vornherein schroff abgelehnt, ohne mich überhaupt je gefragt zu haben, wie ich zu dieser Haltung gekommen bin. Diese Erfahrung sitzt mir bis heute in den Knochen, denn besprochen und geklärt ist nichts. Damit kann ich auch meine bisherige politische Arbeit kaum mehr wie früher fortsetzen. […]

Auswertung
Orientierungslosigkeit, Verwirrung und Überforderung – „alles ist zu viel"- wird als Kernerfahrung der Corona-Pandemie in den Geschichten beschrieben, die sich zwischen den Dimensionen „getriggert", „aktiviert" und „taub, hoffnungslos" ansiedeln. Die Erfahrung, sich in der Kommunikation mit (nahen) Menschen nicht mehr auf eine gemeinsame Logik oder Sprache beziehen zu können, führt zu massiver Verunsicherung. Die Polarisierung der öffentlichen Diskurse und die vorschnelle Zuordnung zu dem einen oder dem anderen Meinungslager hinterlassen Ohnmacht und Sprachlosigkeit. Die Unsicherheit im Umgang mit der Pandemie in Politik und Gesellschaft reaktiviert auch persönliche Erfahrungen von kindlicher Orientierungslosigkeit und Mangel an elterlicher Führung.

Ukrainekrieg:
Orientierungssuche zwischen Vergangenheit und Gegenwart

Die verlorenen Väter
Ich habe die spielenden Kinder im Hof gesehen. Zwei von ihnen sind fremd, sie sind seit ein paar Tagen da und kommen aus der Ukraine. Wenn ich sie sehe, laufen mir die Tränen und mir kommt der Satz: Sie brauchen ihren Vater. Mein Nachbar sagt: Sie haben doch einen Vater und der ist sicherlich froh, dass sie jetzt in Sicherheit sind. Ich weine und merke, dass dieser Schmerz aus meinen eigenen Tiefen kommt. Meine Großmutter schon verlor ihren Vater, weil er sich selbst erschoss in der Wirtschaftskrise nach dem ersten Weltkrieg. Mein Großvater wurde im zweiten Weltkrieg erschossen. Mein Vater hat als junger Mann einen Fluchtversuch über die deutsch-deutsche Grenze unternommen und wurde nicht erschossen, aber inhaftiert. Er musste seinen Militärdienst in der NVA leisten, als mein Bruder und ich kleine Kinder waren. Mein Bruder wurde später depressiv und trennte sich von seiner Familie als er erwachsen war und auch meine Ehe war zu Ende, als die eigenen Kinder noch nicht ganz flügge waren. Ich stehe am Fenster und weine: Die Kinder brauchen doch ihren Vater. Ich bin es selbst, der um ihren Vater und die verlorenen Männer in der Familie trauert. Das Bild der ukrainischen Mütter mit ihren Kindern und den zurückgelassenen Vätern spült meinen eigenen Schmerz an die Oberfläche. […].

Nichtfühlen hat mich damals gerettet
Ich nehme wahr, wie gefühllos ich die schrecklichen Bilder des Krieges in der Ukraine anschaue. In der Stille tauchen in mir Bilder aus meiner frühesten Kindheit auf: ausgemergelte Soldaten, die aus der Gefangenschaft zurückkommen, einige von ihnen amputiert, spielen in Ruinen, ausgebombt sein, Hunger, Armut, mich alleine fühlen.

Shoah wirkt in mir
So langsam reift die Erkenntnis in mir, dass die Shoah auch in mir wirkt (mein Großvater hat mit 15 Jahren Auschwitz überlebt), obwohl meine beiden Eltern viel Traumaheilung machen und sich ihren Themen widmen. Ich habe heute beim Sprechen einer Person über ihr Erfahren der Coronazeit eine so starke Resonanz in mir gespürt und ich erlebe das so ähnlich wie sie, ich sehe die Dynamiken auch und bringe sie mit Dynamiken in der Shoah in Verbindung, und mit den Dynamiken, die vorher waren, und die dazu geführt haben. Ich merke gerade einfach, dass das alles in uns wirkt, und dass wir nicht aufgearbeitet haben. Und dass zur Aufarbeitung das gehört, was wir gerade machen – und nicht einfach nur Friedhofspflege oder Gedenkveranstaltungen an Tote. Sondern eben auch ein Sehen der Lebenden.

Auswertung
Zwischen den Polen „getriggert", „aktiviert" und „taub, hoffnungslos" befinden sich zudem Geschichten, die verdeutlichen, wie sowohl in der Corona-Pandemie als auch im Kontext des Ukraine-Krieges persönliche traumatische Erinnerungen aktiviert werden oder an kollektive Traumafelder angeknüpft wird. Die inneren (kindlichen) „Gefühlslandschaften" der Angst, der existentiellen Bedrohung, des Alleine-Seins beeinflussen den Blick auf die aktuellen Krisen sowie den Umgang mit ihnen.

Eine weitere wertvolle Datenquelle eröffnete sich uns in der Umsetzung von Fokusgruppen. Da Fokusgruppen auf Austausch der Teilnehmenden abzielen, ermöglichen sie die Erfassung geteilter Orientierungen und Sinnkonstruktionen sowie gruppeninterner Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse. Letzteres war für uns angesichts der demokratiebezogenen Fragestellung besonders relevant.

Insgesamt wurden 643 Mikro-Geschichten in die SenseMaker® Software im Rahmen des Projektes eingetragen. Die Mikro-Stories wurden in den vor- und nachgelagerten Workshops und während des Großgruppen-Prozesses generiert (Gesamtzeitraum: 21. April bis 8. Mai 2022).

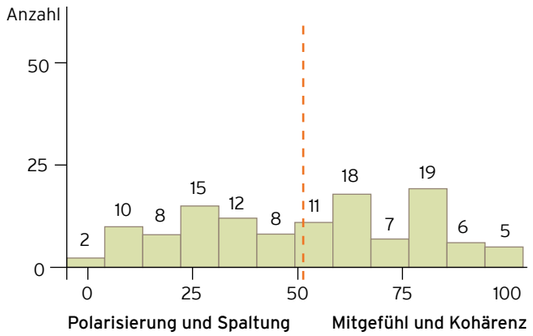
Vorher – Nachher: Veränderungen durch den Prozess

Mehr als ein Drittel der an dem Gruppenprozess Teilnehmenden (155 von 355 Personen) nahmen an einem ersten vorgelagerten Workshop teil. Die „Rückkehrquote" im zweiten nachgelagerten Workshop war mit 78 Teilnehmenden ebenfalls hoch.

Eine erste Sichtung der von den Teilnehmenden in Workshop 1 und 2 benannten Qualitäten im Aufbau einer Demokratie zeigt ähnliche Ergebnisse. Typische Nennungen waren „achtsames Zuhören", „wertschätzende Kommunikation", „Würdigung von Vielfalt", „unterscheiden ohne zu trennen". Allerdings tauchen im zweiten Workshops neue Inhalte auf (zum Beispiel „Aufarbeitung der Vergangenheit", „Heilung", „Mitgefühl im Umgang mit sich selbst", „Tiefe"), die auf eine deutlichere Verbindung von subjektiven/emotionalen und politischen/gesellschaftlichen Prozessen schließen lassen. Weiterhin fällt auf, dass im zweiten Workshop eine deutlicher positivere Ausrichtung auf die Zukunft erkennbar ist. Die Einträge zeigen Tatendrang im Blick auf die Gestaltung einer lebensdienlichen Zukunft und die Lust daran persönlich mitzuwirken. Auch der Vorher-Nacher-Vergleich der SenseMaker®-Dyaden verdeutlicht die Veränderungen. Dabei lokalisieren die Teilnehmenden ihre Geschichten in einem Spannungsfeld von zwei Zuständen; im Folgenden zwischen „Polarisierung/Spaltung" und „Mitgefühl/Kohärenz".

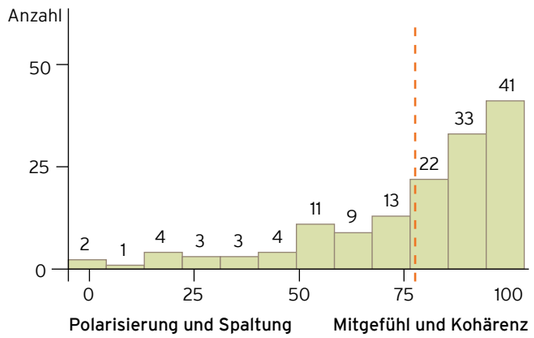
In meiner Erzählung entsteht mehr …

VORHER (20.–28. April 2022)



In meiner Erzählung entsteht mehr …

NACHHER (01.–08. Mai 2022)



Während vor dem Workshop der Durchschnitt der Geschichten zwischen den beiden Polen liegt, verschiebt sich der Durchschnitt nach der Veranstaltung deutlich in Richtung Mitgefühl und Kohärenz.

Den kompletten Forschungsbericht finden Sie unter:
mehr-demokratie.de/projekte/deepening-democracy/pocket-projectda

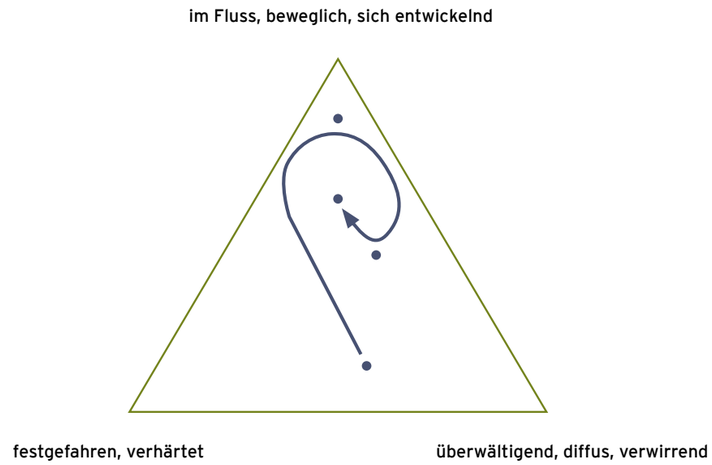
Mitmachen bei einer vertieften Demokratie
mehr-demokratie.de/projekte/deepening-democracy

Pocket Projekt
pocketproject.org/collective-trauma-democracy/#

Neues Gesprächsformat bei Mehr Demokratie
www.mehr-demokratie.de/service-beratung/sprechen-und-zuhoeren

Individueller Verlauf der Erzählungen einer Teilnehmerin

In meiner Erzählung empfinde ich die Situation als …



Nicht meine Demokratie!
21. April 2022 | negativ bewertet

Ich fühle mich ohnmächtig. Demokratie ist irgendwie nicht da, wo ich bin. Wenn wir miteinander reden, findet entweder Bestätigung meiner oder deiner Meinung statt oder Unverständnis. Zu schnell sind wir bei ersten Meinungen, für die es gilt, Mehrheiten, mehr Stimmen zu finden. Ich sorge mich, weil wir so schnell festlegen und die anders Denkenden verdammen.

Nur EINE Strategie?
29. April 2022 | gemischt bewertet

Jetzt (nach der ersten Meditation) spüre ich meine Angst, nicht so zu sein, nicht das sein zu können, was unser demokratisches Konstrukt (oder die Gruppe, in der ich gerade bin) von mir erwartet. Ich spüre auch meine Erwartung an die anderen, doch bitte so zu sein, wie ich sie brauche – damit ich Vertrauen haben kann. Meine Sorge gilt dem falschen Weg; als würde ich ihn gehen, ohne zu spüren, dass es der falsche ist. Ich spüre mein Nicht-mit-mir-Verbundensein. Das macht Zusammensein für mich anstrengend. Wie kann ich über den Krieg in der Ukraine sprechen, über meine Angst davor, dass wir in den Krieg einbezogen werden, wenn ich glaube, dass wir falsche Wege gehen, ohne meine Strategie (Frieden schaffen ohne Waffen) dafür fest und polarisierend, Mehrheiten suchend, zu vertreten? Wie kann ich mit denjenigen in Verbindung sein, die andere Strategien haben?

Demokratie ist Beziehung.
29. April 2022 | sehr positiv bewertet

Jetzt würde ich erzählen, dass ich wieder Hoffnung habe, dass Demokratie Sinn macht. Dass gutes Zusammenleben möglich ist, wenn all unsere Gefühle da sein dürfen. Dass es schön ist, sich zuzuhören, Gefühlen, Geschichten und Erlebtem Raum zu geben und mittendrin einen Menschen zu sehen, von dem ich lernen kann. Dass ich mir so sehr wünschte, unser Alltag wäre so wie dieser Tag und ich würde wie selbstverständlich mit den Menschen an meinem Ort unsere Konflikte lösen. Das mein Vertrauenspolster sich immer wieder auffüllt und so die Kraft, die Kreativität, die Hoffnung und die Liebe in die Entwicklung unseres Miteinanderseins fließen. Demokratie ist Beziehung.

▸

Fazit und Ausblick

Der stattgefundene traumainformierte Großgruppen-Prozess bietet einen Begegnungsraum an, der von vielen Teilnehmenden als sicher und einladend wahrgenommen wurde. Im Rahmen des Prozesses teilten viele Teilnehmer und Teilnehmerinnen ihr inneres Erleben, welches sonst in ihrem Alltag und besonders im politischen Bereich als sehr schwierig wahrgenommen wird. Der Prozess ermöglichte vielen Teilnehmenden eine vertiefte Resonanzerfahrung mit dem eigenen Erleben und dem Erleben Dritter hinsichtlich Krisen und traumatischer Erfahrungen.

Indem der Prozess im Kontext von Demokratie stattfand, wurde die Polis – also die Gemeinschaft aller Teilnehmenden – erfahrbar. Abstrakte Systeme wie Politik, Teilhabe, Demokratie, Gesellschaft wurden verkörpert erlebbar. Durch das Erleben der vielen kleinen Momente und Geschichten, bildete sich eine politische Landschaft, die näher, sowie auch handhabbarer erscheint. Jedoch ist es von dieser Erfahrung bis hin zur politischen Praxis noch ein weiter Weg. Im politischen Expertengespräch gab es einen „Realitätscheck", als Lukas Beckmann (Mitbegründer Mehr Demokratie und GRÜNE), uns auf den Unterschied zwischen interner Gemeinschaftsbildung und Gesellschaftsbildung hinwies und darauf, dass der Sinn von traumainformierten Perspektiven in der politischen Praxis sich erst zeigen müsse, zum Beispiel im Umgang mit dem Krieg in der Ukraine.

Wie also kann eine „politische Intimität" in unserer demokratischen Kultur entstehen? Ist es vorstellbar als Politiker verletzbar zu sein und „in Würde zu trauern"? Kann sich Politik vom Schmerz der Welt berühren lassen und dennoch, oder gerade dadurch, bewusster und handlungsfähiger werden? Kann Politik eine Führungsqualität entwickeln, die kollektive Traumadynamiken halten und den Menschen einen sicheren Raum bieten kann? Je psychologisch sicherer eine demokratische Kultur ist, desto mehr können kollektive Traumadynamiken gesehen und prozessiert werden. Es entsteht ein Raum des Gehörtwerdens auch in der Krise und im Konflikt. Emotionen müssen nicht abgespalten werden, sondern dienen der Verbindung und der Lösungsfindung. Die Werkzeuge einer vertieften Kommunikation mit Geist, Körper und Emotionen im Bewusstsein von individuellem und kollektivem Trauma, sollten gesellschaftlich breit eingeübt werden. Dafür braucht es jedoch mehr gesellschaftliche Resonanzräume und Ausbildungen in „tiefer Demokratie" – auch für Politiker. Wir haben es erlebt. Wie ein Teilnehmer sagte: In jeder persönlichen Geschichte ist Geschichte, wir tragen Geschichte in uns – und deswegen hat jede und jeder von uns eine wichtige Stimme im Konzert der Vielen. Wir laden Sie dazu ein teilzunehmen, denn Demokratie ist Beziehung. /

Demokratie geht durch Unsicherheiten

Ich war gerade auf einem hochinteressanten Seminar über kollektives Trauma und seinen Bezug zur Gesellschaft und Demokratie. Eine wohltuende und erhellende Erfahrung, in der deutlich wurde, wie wichtig solche öffnenden Prozesse in der Welt für die Menschen sind. Ich erfuhr die tragische Bedeutung dessen, wenn Menschen nicht angehört werden und konnte die Wichtigkeit dessen erleben, wenn jeder im Rahmen der Gesellschaft nach bestimmten schützenden Regeln sagen darf, was er mag und damit einen Raum des Gehörtwerdens und der Wirksamkeit bekommt. Auch Wirksamkeit zur Entwicklung – für alle. Weil so die Vielfalt in Erscheinung treten darf, die in uns liegt und die unser Leben lebendig und lebens- und liebenswert macht. So kann Vertrauen entstehen.

Das fühlende Parlament

Ich lernte immer mehr zu fühlen, und weil ich mich mehr fühlen konnte, konnte ich auch andere Menschen mehr fühlen. So entstand mein Beitrag zu einer fühlenden Demokratie. Und weil wir gemeinsam mehr fühlen konnten, konnten wir auch schnellere und bessere Entscheidungen treffen. Die Komplexität der inneren und äußeren Krisen wurde transparent und die Komplexität einfacher. Der Ort für diese Arbeit: das gewählte Parlament als oberster Gesetzgeber im Land […] und die vielen kleinen Parlamente und Bürger im ganzen Land.

Dieter Halbach
Redakteur des demokratie-Magazins.

Ein bisschen klug, aber … nicht abgehoben

Der „politikverschossen"-Podcast von Mehr Demokratie – vorgestellt von Marcus Meier

So viele Fragen beschäftigen fleißige Demokraten und Demokratinnen: Wie genau funktioniert das eigentlich mit der aufsuchenden Beteiligung bei losbasierten Bürgerräten? Brauchen wir den gläsernen Staat? Warum genau ist der Bundestag so aufgebläht, wie können wir ihn wieder auf Normalmaß schrumpfen? Und wieso haben wir eigentlich immer noch keinen bundesweiten Volksentscheid?

Ja, die Themen, die „politikverschossen" abhandelt, sind ein wenig fachpolitisch, also etwas „nerdy". Doch der Podcast von Mehr Demokratie bemüht sich, Interessierten einen schnellen Einstieg in die Themen unserer NGO zu bieten, um dann in die Tiefe zu gehen.

Viel Vorwissen ist nicht nötig. Das bringen schließlich die interviewten Fachleute mit. Man sollte einfach neugierig sein. „Transparenz ist die Grundlage der Demokratie. Nur wenn ich weiß, was passiert, kann ich mir auch meine Meinung bilden", erklärt Marie Jünemann in „politikverschossen"-Folge 18.

Demnächst bei politikverschossen

Ein aktuell geplantes „politikverschossen"-Projekt ist eine dreiteilige Serie zur Aleatorischen Demokratie – vom antiken Athen bis zum modernen Bürgerrat und darüber hinaus. Es geht um Losverfahren in der Politik in Vergangenheit, Gegenwart und potenzieller Zukunft. In Athen spielte das Los über viereinhalb Jahrhunderte eine erhebliche Rolle. Jeder freie Bürger (Frauen, Sklaven und Zugewanderte waren ausgeschlossenen) hatte die reale Chance, mindestens einmal im Leben in ein Amt gelost zu werden: Auf 20.000 freie Bürger kamen 7.000 Ämter, die es pro Jahr nach dem Zufallsprinzip zu besetzen galt. Heute fordern erstaunlich viele Menschen aus den Bereichen Politik, Aktivismus und Wissenschaft losbasierte Parlamentskammern. Ihr Ziel: Zumindest ein Teil der Abgeordneten soll nicht durch Wahl bestimmt werden, sondern durch das Los. Die Befürworterinnen und Befürworter erhoffen sich so ein Parlament, das repräsentativer ist als beispielsweise der heutige Bundestag, in dem Akademikerinnen, Beamte und Juristinnen stark überrepräsentiert sind.

Der „politikverschossen"-Podcast wird auf Soundcloud gehostet und kann überall dort gestreamt werden, wo man Podcasts streamen kann.

Marcus Meier
produziert bei Mehr Demokratie seit Beginn des Jahres den „politikverschossen"-Podcast

„Ich nehm' das mit!"

Ein Jahr nach dem Klima- Bürgerrat – ein Resümee von Percy Vogel

Erst jetzt – ein Jahr nach Vorlage der Ergebnisse – kam es im Juni zum Austausch mit Staatssekretär Dr. Patrick Graichen aus dem Klima- und Wirtschaftsministerium und damit zu einem ersten offiziellen Kontakt mit der Regierung. Mit offenem Ausgang.

16 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor dem Bundestag am 27. Oktober 2021

Foto: Manoel Eisenbacher

Statt einer Beauftragung durch Bundestag oder Bundesregierung zu folgen, hatte der Bürgerat Klima für Deutschland als zivil initiierte Initiative, seine Expertise noch vor der Wahl für die kommende Legislative und Exekutive zur Verfügung gestellt. Und kurz vor den Bundestagswahlen hatten Spitzenpolitiker wie Olaf Scholz, Robert Habeck und Armin Laschet das Bürgergutachten offiziell entgegengenommen. Damit waren gute Voraussetzungen für unser Ziel geschaffen: die Berücksichtigung der Empfehlungen im Koalitionsvertrag der neuen Regierung.

Schon zu den Sondierungsgesprächen und dann zu den Koalitionsverhandlungen versorgte das Team gezielt die Schlüsselfiguren mit den Ergebnissen des Bürgergutachtens. Dass diese Kommunikation sehr einseitig bleiben würde, war dabei von vornherein klar, denn die Verhandelnden waren dazu angehalten, keinerlei Informationen nach außen zu geben. Auch die Klima-Bürgerräte selbst wandten sich an die Ampel-Koalition mit einem Appell, der unter dem Eindruck der verheerenden Flutkatastrophen des Sommers formuliert wurde: „Unsere Ergebnisse sind in einer repräsentativen Bevölkerungsauswahl entstanden. Sie bieten eine Chance für die Politik und sind eine gute Grundlage für politische Maßnahmen. [...] Wir erwarten Großes von Ihnen!" 16 Bürgerräte aus verschiedenen Bundesländern reisten eigens nach Berlin, um vor dem Hintergrund des Bundestages den Appell vor laufender Kamera zu verlesen.

Nach weiteren vier Wochen stand dann der neue Koalitionsvertrag. Ließen sich die Empfehlungen des Bürgergutachtens nun darin wiederfinden? Die Antwort darauf sollte durch Fachleute ausgearbeiten werden. So wurden Karl-Martin Hentschel, Hauptautor des „Handbuch Klimaschutz" und Martina Richwien, Klima- und Energie-Spezialistin beim Beratungsinstitut ifok, mit dem Vergleich betraut. Er sollte die Grundlage für ein öffentliches Gespräch mit der Regierung liefern.

Da es im Fall unseres vor den Wahlen initiierten Bürgerrates keinen politischen Auftraggeber gab, mussten diese Gesprächspartner erst noch gefunden werden. Wieder war Geduld gefragt: Die Regierungsbildung würde sicher bis Ende Februar dauern, hieß es. Besonders kompliziert gestaltete sich die Neueinrichtung eines Super-Ministeriums für Wirtschaft und Klima. Als wichtigsten Adressat wählte

„Hat sich die Mühe gelohnt?" fragt die Moderatorin abschließend mich als Mitinitiator und Projektleiter. Es fällt mir an diesem Abend leicht, die Frage mit „Ja" zu beantworten.

das Team Minister Robert Habeck und schrieb ihn Anfang Februar an. Doch gerade als mit einer Antwort zu rechnen war, griff Russland die Ukraine an. Von diesem Moment an schien ein Termin mit Habeck unrealistisch. Schließlich meldete sich das Ministerium doch noch und bot uns ein Gespräch mit Staatssekretär Patrick Graichen, dem ehemaligen Leiter des Thinktanks Agora Energiewende, an.

Mit Hilfe der Agentur „Laut und deutlich" wurde ein Podiumsgespräch in Berlin organisiert, das am 28. Juni stattfand. Mit Graichen saßen dort Christiane Waschk als Teilnehmerin des Bürgerrates, Percy Vogel als Projektleiter und Martina Richwien von ifok, als „moderierende Advokatin". Der Saal im Veranstaltungszentrum „Spielfeld Berlin" war gut gefüllt. Alle weiteren Interessierten konnten der Veranstaltung per Livestream folgen. Minutiös vorbereitet stellte die Moderatorin Fragen zu den Handlungsfeldern Wohnen und Wärme, Mobilität, Ernährung und Energie. Ihr Augenmerk galt dabei besonders den schwierigen, politisch und sozial konfliktträchtigen Aspekten, bei denen die Empfehlungen des Bürgerrates über den Koalitionsvertrag hinauswiesen, wie zum Beispiel Öl- und Gasheizungsverbote, Fachkräftemangel, sozial gerechte Wohnraumsanierung, Förderung von privater Solarstrom-Erzeugung, Lebens- ▸

dauer von Elektrogeräten, CO_2-Preis, Aufklärungskampagnen zu Ernährung, Verbrennerverbot und Tempolimit.

Graichen, der nach eigenen Angaben das Bürgergutachten durchgelesen hat, antwortet immer freundlich. Seine Antworten dürften jedoch vielen klimapolitisch Engagierten meist vertraut erschienen sein: Manchmal ist es ein Koalitionspartner, manchmal die Angst vor Gegenreaktionen aus der Bevölkerung, manchmal sind es praktische Aspekte der Umsetzung und nicht zuletzt die Ukraine-Krise, die er zur Begründung für bisher Ungetanes anführt. Sein Detailwissen trägt zu seiner Glaubwürdigkeit bei. Aber es scheint auch eine gewisse Mutlosigkeit durch. Hier hakt die Moderatorin mehrfach nach, mit mutigen Vorschlägen des Bürgerrats. Als das Gespräch auf den Abbau von Subventionen für fossile Energie-Träger kommt und Graichen von der Uneinigkeit innerhalb der Koalition berichtet, sagt er einen bedeutenden Satz: „Ich nehme das nächste Mal nochmal das Gutachten mit und lege es den Kollegen hin. Mal sehen ob es hilft."

„Hat sich die Mühe gelohnt?" fragt die Moderatorin abschließend mich als Mitinitiator und Projektleiter. Es fällt mir an diesem Abend leicht, die Frage mit „Ja" zu beantworten. Die Botschaft ist angekommen, der Bürgerrat als Verfahren damit offiziell abgeschlossen. Die Unterstützung durch die Zivilgesellschaft, durch das ehrenamtliche Kuratorium, den Schirmherrn und die Teilnehmenden selbst war maßgeblich und beeindruckend. Durch den Bürgerrat wurden noch viel mehr Menschen für losbasierte Bürgerbeteiligung begeistert und für das Klima-Thema sensibilisiert. Der Bundestag will nun schon in dieser Legislaturperiode weitere Bürgerräte durchführen. Ob der Bürgerrat Klima aber maßgeblich zur Einhaltung der Klimaschutzziele beitragen wird – das hängt nun wieder ganz an der Politik. Und an uns als Zivilgesellschaft, die das Bürgergutachten als Orientierung, Legitimierung und Argumentationshilfe einsetzen kann. Sie sollte es unbedingt weiterhin tun! Mal sehen, ob es hilft. /

Percy Vogel
Vorstand BürgerBegehren Klimaschutz e. V., des Trägervereins des Bürgerrat Klima für Deutschland.

Podiumsgespräch mit Graichen (v. l. n. r: Percy Vogel, Martina Richwien, Dr. Patrick Graichen, Christiane Waschk)

Fotos: links: Janine Escher; rechts: Manoel Eisenbacher

Der Berliner Klimabürgerrat

Eine Bilanz von Oliver Wiedmann

Am 30. Juni hat der Berliner Klimabürgerrat seine Empfehlungen an den Berliner Senat überreicht. In neun Sitzungen (zwei Präsenz- und sieben Online-Veranstaltungen) diskutierten 100 per Los ausgewählte Berlinerinnen und Berliner Maßnahmen für ein klimaneutrales Berlin. Insgesamt 47 Empfehlungen und vier Leitsätze hat der Bürgerrat zu den Themenbereichen Mobilität, Gebäude, Energie, Konsum und Grünflächen erarbeitet.

Klimaschutz soll demnach oberste Priorität haben und sozial ausgestaltet sein. Der Energie- und Ressourcenverbrauch soll in allen Bereichen reduziert werden. Der Bürgerrat spricht sich unter anderem für eine emissionsfreie Innenstadt bis 2030, für den Vorrang von Bus und Rad gegenüber dem Autoverkehr und gegen den Ausbau der Stadtautobahn aus. Generell soll das Autofahren unattraktiver werden. Er schlägt eine Sanierungspflicht und die sozial gerechte Verteilung der Kosten vor. Der Milieuschutz soll für ökologische Sanierungen geöffnet werden, eine weitere Versiegelung von Grünflächen soll vermieden und die Solarpflicht auf Dächern möglichst schnell umgesetzt werden. Gasheizungen sollen nicht mehr gefördert und Öl- sowie Gasheizungen bis 2035 ausgetauscht werden. Außerdem fordert der Bürgerrat eine kommunale Wärmeplanung sowie den Ausbau grüner Fernwärme.

Die Teilnehmenden diskutierten nicht im luftleeren Raum. Insgesamt 14 Expertinnen und Experten sorgten mit Vorträgen für die Diskussionsgrundlage. Um die teils sehr technischen Fragen greifbarer zu machen, wurden gemeinsam mit der Wissenschaft Alltagsszenarien entwickelt, die den Teilnehmenden vorgestellt wurden. Den Kleingruppen stand ein Faktencheck zur Seite, der bei Bedarf an die virtuellen Tische geholt wurde.

Anders als bei den bundesweiten Bürgerräten „Demokratie" und „Deutschlands Rolle" war Mehr Demokratie nicht an der Durchführung be- ▸

Positiv zu bewerten ist bisher der Umgang der Politik mit dem Bürgerrat. Noch vor Beginn des Prozesses wurde beschlossen, die Empfehlungen im Klimaausschuss des Senats zu behandeln.

Wichtig wäre darüber hinaus, dass die Empfehlungen im Plenum und den Ausschüssen des Parlaments öffentlich diskutiert werden. Dafür werden wir uns einsetzen!

teiligt. Wir hatten gemeinsam mit der Berliner Initiative Klimaneustart dafür gesorgt, dass der Bürgerrat einberufen wurde. Nach einer erfolgreichen Volksinitiative und vielen Gesprächen mit Abgeordneten wurde der Bürgerrat im Mai 2021 vom Abgeordnetenhaus beschlossen. Vorbereitet und durchgeführt wurde er vom Beteiligungsinstitut nexus, dem IASS und der Initiative KLIMAMITBESTIMMUNG. Wir als Initiatoren des Bürgerrats haben parallel zu den Sitzungen öffentliche Begleitveranstaltungen zu einzelnen Themenbereichen organisiert, um die Diskussionen des Bürgerrats in die Stadt zu tragen.

Auch beim Berliner Klimabürgerrat konnten wir wieder einiges dazulernen. Anfangs kam die Frage auf, ob eine Volksinitiative überhaupt ein geeignetes Instrument ist, um einen Bürgerrat anzuschieben. Aus heutiger Sicht ist diese Frage klar mit JA zu beantworten. Wir haben mit unzähligen Menschen auf der Straße über Bürgerräte und Klimapolitik gesprochen. Durch die Volksinitiative gab es ein geregeltes Verfahren, wie im Parlament mit unserem Vorschlag umzugehen ist. Allerdings wäre die Volksinitiative ohne die vielen parallelen Einzelgespräche mit den politisch Verantwortlichen nicht geglückt.

Da das Thema aufgrund der Volksinitiative vorgegeben war, hatte die Politik wenig Spielraum. Hätte das Abgeordnetenhaus einen Bürgerrat nur zu Teilaspekten des Klimaschutzes ausgeschrieben, so wäre das von uns kritisiert worden. Dennoch ist unsere Einschätzung nach Abschluss des Verfahrens, dass das Klimathema in seiner Gänze zu groß für den Bürgerrat war. Die Herausforderung war, die drei für Berlin relevanten Klimaschutzbereiche Verkehr, Gebäude und Energie adäquat zu behandeln, ohne dass der Bürgerrat in Untergruppen aufgeteilt wird, was bedeutet hätte, dass dort die Teilnehmenden jeweils nur einen Themenbereich bearbeitet hätten. Eine Ausweitung der Anzahl der Sitzungen schied auch aus, da der finanzielle Rahmen vorgegeben war. Unabhängig davon stellt sich auch die Frage, inwiefern die Ausgelosten bei deutlich mehr zeitlichem Umfang noch bereit gewesen wären, teilzunehmen. Somit war die Geschwindigkeit, in der durch die einzelnen Themenbereiche gegangen wurde, enorm. Für die Teilnehmenden war die Herausforderung groß, in so kurzer Zeit alle Themen zu erfassen.

Das Losverfahren verlief nach dem gleichem Muster wie auch unsere beiden bundesweiten Bürgerräte. Mit Ausnahme des Bildungsabschlusses konnte in allen Kategorien ein Querschnitt der Bevölkerung erreicht werden. Um die Teilnahme der Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss zu erhöhen, wurden einige der Angeschriebenen zu Hause besucht, um sie von der Teilnahme zu überzeugen – die sogenannte aufsuchende Bürgerbeteiligung. Leider konnte diese nicht den erwünschten Effekt erzielen und es blieb bei einer Teilnahmequote dieser Gruppe von 7 Prozent (berlinweit 16 Prozent). Hier hätte vermutlich eher geholfen, im Vorfeld deutlich mehr Berlinerinnen und Berliner anzuschreiben.

Positiv zu bewerten ist bisher der Umgang der Politik mit dem Bürgerrat. Noch vor Beginn des Prozesses wurde beschlossen, die Empfehlungen im Klimaausschuss des Senats zu behandeln. Dieser hat sich am 6. September mit den Empfehlungen befasst – leider jedoch hinter verschlossenen Türen. Außerdem hat die für Klimaschutz zuständige Senatorin bei der Auftakt- und Abschlussveranstaltung eine schriftliche Stellungnahme zur Umsetzung der Empfehlungen angekündigt sowie in Aussicht gestellt, die ausgelosten Teilnehmenden des Bürgerrats nach einem Jahr erneut einzuladen. Wichtig wäre darüber hinaus, dass die Empfehlungen im Plenum und den Ausschüssen des Parlaments öffentlich diskutiert werden. Dafür werden wir uns einsetzen!

Abschließend noch ein kritischer Blick auf die Einbindung der Initiatoren, also uns und die Initiative Klimaneustart. Nachdem der Prozess offiziell ausgeschrieben und vergeben wurde, waren wir erstmal raus. Die Umweltverwaltung wollte uns nicht bei den offiziellen Planungsrunden mit den durchführenden Instituten dabeihaben – dabei blieb es auch. Ein Gespräch mit der Senatorin sorgte zumindest dafür, dass wir den Bürgerrat als Kooperationspartner zivilgesellschaftlich begleiten konnten. Wir hätten uns jedoch eine deutlich stärkere Einbindung gewünscht. Dies scheiterte nicht an den Durchführern, die bemüht waren, uns einzubinden, sondern am Unwillen der Verwaltung. Die Lehre für die Zukunft ist für uns: Werden Bürgerräte „von unten" angeschoben, so muss die Beteiligung der Zivilgesellschaft gewährleistet und vorab geklärt werden. /

Fotos: Manoel Eisenbacher

Weitere Infos
berlin.de/
klimabuergerinnenrat

Oliver Wiedmann
Büroleiter von Mehr Demokratie Berlin/ Brandenburg.

Viel LOS zwischen Alpen und Nordsee

Ein Überblick über bundesweite Bürgerräte – von Thorsten Sterk

Foto: pixabay

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat bereits 2020 eine „deliberative Welle“ ausgemacht, also eine weltweite starke Zunahme von Losverfahren. In Deutschland gab es seit 2019 sieben bundesweite Bürgerräte. In Österreich und in der Schweiz ist man ebenfalls auf dem Weg. Nicht mit gezählt die zahllosen kommunalen und landesweiten Bürgerräte.

Begonnen hat die Reihe der Bürgerräte in Deutschland mit dem **Bürgerrat Demokratie.** Dieser wurde von Mehr Demokratie zusammen mit der Schöpflin Stiftung organisiert. An zwei Wochenenden im September 2019 berieten 160 geloste Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der ganzen Republik über Möglichkeiten zur Verbesserung unserer Demokratie. Heraus kamen u. a. Empfehlungen für die Einführung eines Lobbyregisters, für bundesweite Volksentscheide, für eine bessere Bürgerbeteiligung und für eine gesetzliche Verankerung von Bürgerräten zu bundespolitischen Fragen. Die Vorschläge des Bürgerrates wurden, wie die aller anderen Bürgerräte, an die Politik übergeben, hier an den damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble und Vertreter der Fraktionen.

2021 folgte der **Bürgerrat Deutschlands Rolle in der Welt,** der ebenfalls von Mehr Demokratie organisiert wurde, diesmal aber in Zusammenarbeit mit dem Verein „Es geht LOS“. Auf Anregung des Ältestenrates des Bundestages befassten sich diesmal 154 Menschen aus ganz Deutschland mit Aspekten etwa der internationalen Klima- und Umweltpolitik, von Frieden und Sicherheit, Demokratie und Rechtsstaat und dem Verhältnis zur EU und zu Diktaturen wie China und Russland. Der seinerzeitige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble war Schirmherr des Bürgerrates. Aufgrund der Corona-Pandemie fand der Bürgerrat online statt.

Ebenfalls online stattfinden musste auch der von „BürgerBegehren Klimaschutz“ organisierte **Bürgerrat Klima.** Im Rahmen des Bürgerrates hatten 160 zufällig geloste Menschen aus ganz Deutschland in zwölf Online-Sitzungen über klimapolitische Handlungsempfehlungen an Bundestag und Bundesregierung beraten. Zur Formulierung konkreter Handlungsempfehlungen hatten sich Arbeitsgruppen mit vier Handlungsfeldern befasst: Energie, Ernährung, Gebäude & Wärme sowie Mobilität.

Der Bürgerrat forderte u. a., dass jedes neue Gesetz auf seine Klimaschutzwirkung zu prüfen ist und kein Gesetz den Klimazielen widersprechen darf. Klimaschutz sei ein Menschenrecht und müsse ins Grundgesetz aufgenommen werden. Wirtschaftliche Interessen müssten sich dem Klimaschutz unterordnen. Insbesondere große Unternehmen müssten verpflichtet werden, im Sinne von Klimaschutz und Gemeinwohl zu handeln.

Der von der Montag Stiftung Denkwerkstatt ins Leben gerufene **Bürgerrat Bildung und Lernen** hatte im Dezember 2021 ein Sofortprogramm zur Bildungspolitik vorgeschlagen. Einige Empfehlungen daraus: Unterricht ab 9 Uhr, ein Schulfach „Lebenskompetenz“, eine verpflichtende Fortbildung für Lehrer und altersgerechte Mitbestimmung an jeder Schule. Erarbeitet wurden die Empfehlungen des Bürgerrates im Laufe eines Jahres von mehr als 500 ausgelosten Menschen aus ganz Deutschland. An dem mehrstufigen Meinungsbildungsprozess waren und sind vor allem auch jüngere, selbst betroffene Menschen beteiligt.

Auch 2022 läuft der Bürgerrat weiter. Am 23. und 24. Juni haben mehr als 220 zufällig ausgewählte Menschen aus ganz Deutschland erste Handlungsempfehlungen beraten, um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Diese Empfehlungen werden vom Bürgerrat in den kommenden Monaten weiter ausgearbeitet, mit dem Ziel, sie im Herbst an die Politik zu übergeben.

Im Rahmen der von der Europäischen Union (EU) einberufenen Konferenz zur Zukunft Europas hat das Auswärtige Amt am 15. und 16. Januar 2022 ein zufällig gelostes **Nationales Bürgerforum** veranstaltet. Dort konnten Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Ideen zur Zukunft Europas aktiv einbringen: Wie kann die EU ihre gemeinsamen demokratischen Werte schützen und Rechtsstaatlichkeit stärken? Wie kann der Übergang zu einer nachhaltigen und digitalisierten Wirtschaft und Gesellschaft gelingen? Welche Rolle sollte die EU in der Welt spielen? Die Teilnehmenden des Forums haben zehn Empfehlungen beschlossen. Darunter der Vorschlag, dass die EU ein Investitionspaket zu klimafreundlichen Technologien und Innovationen mit Förderprogramm initiiert. Das Bürgerforum empfiehlt außerdem eine EU-Kampagne für nachhaltigen Konsum und Lebensstil. Weitere Empfehlungen beziehen sich auf die Förderung erneuerbarer Energien, die Unterstützung ▸

von Unternehmen mit Standort in der EU, die Einführung eines berufsgruppenspezifischen Grundlohns in der EU, die Digitalisierung und den Schüleraustausch mit anderen EU-Mitgliedsstaaten.

Nicht von der Zivilgesellschaft, sondern vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiiert wurde der **Bürgerrat Forschung**. Von November 2021 bis März 2022 diskutierten die 55 Teilnehmenden in sieben Sitzungen, wie Partizipation in der Forschung und Forschungspolitik verankert werden kann, wie Rechte und konkrete Einflussmöglichkeiten ausgestaltet werden können und welche unterstützenden Maßnahmen getroffen werden sollten, um Beteiligung zu fördern.

Zu den Handlungsempfehlungen des Bürgerrates gehört der Vorschlag, eine beratende zentrale Stelle einzurichten, die ein Netzwerk und eine Plattform für Bürgerbeteiligungsvorhaben in Wissenschaft und Forschung aufbaut und fördert. Auch empfehlen die Teilnehmenden, ein Gremium aus Politik, Wissenschaft und Bürgern zu bilden, um bedarfsorientiert die Agenda im Bereich der angewandten Forschung festzulegen. Ziel soll eine stärker mitwirkende Rolle der Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Förderung angewandter Forschung sein. Die Bürgerrat-Teilnehmenden wünschen sich auch die Entwicklung und Veröffentlichung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung in der Forschung. Diese sollen es Forschern erleichtern, in allen Phasen des Forschungsprozesses die Qualität der Bürgerbeteiligung zu stärken und zu sichern.

Die aktuell jüngste Losversammlung fand im Juni 2022 statt. Zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger haben in einem virtuellen Bürgerrat über die Folgen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz debattiert. Inhaltlich ging es um den Einsatz selbstlernender Maschinen in der Pflege und Betreuung.

An diesem Bürgerrat haben 200 Menschen in einer virtuellen Diskussionsgruppe und 100 weitere in einer Kontrollgruppe teilgenommen. Der Bürgerrat fand „asynchron" an zehn Tagen statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren also nicht zeitgleich online. Sie hatten zehn Zeitfenster zum Einloggen auf dem Beteiligungsportal „Demokratiefabrik". Die Ergebnisse des Bürgerrates werden im Herbst 2022 veröffentlicht.

In Österreich gab es insbesondere im Bundesland Vorarlberg bereits zahlreiche kommunale und landesweite Bürgerräte, aber erst einen bundesweiten **Bürgerrat Klima.** Von Januar bis Juni 2022 haben 100 zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger aus allen Regionen Österreichs sich mit der Frage „Was müssen wir heute tun, um morgen in einer klimagesunden Zukunft zu leben?" auseinandergesetzt.

Zu den am 4. Juli 2022 vorgestellten 93 Vorschlägen des Klimarates gehört die Verankerung eines Grundrechts auf Klimaschutz, ein Bodenversiegelungsstopp, die Abschaffung für Subventionen fossiler Energie, die Schaffung einer parteiunabhängigen Klimakommission, Treibhausgaszölle für Lebensmittel aus Drittstaaten und höhere Steuern für klimaschädliche Fahrzeuge. Die Geburtsstunde des Klimarats war ein Klima-Volksbegehren im Juni 2020, das von fast 400.000 Menschen unterstützt wurde.

In der Schweiz läuft der erste bundesweite Bürgerrat derzeit noch. Seit dem 12. Juni 2022 diskutieren dort 100 per Los ausgewählte Bürgerinnen und Bürger über eine nachhaltigere und krisenresistente Ernährungspolitik. Die Frage lautet: „Wie soll eine umfassende Ernährungspolitik für die Schweiz aussehen, die bis 2030 allen Menschen nachhaltige, gesunde und tierfreundliche Lebensmittel zur Verfügung stellt, die unter fairen Bedingungen für alle Beteiligten im Ernährungssystem produziert wurden?"

Organisiert wird der Bürgerrat von der Organisation **Ernährungszukunft Schweiz.** Unterstützt und begleitet wird die Losversammlung von verschiedenen Bundesämtern. Die Schweizer Regierung will damit einen Teil ihrer bereits im vergangenen Jahr unterzeichneten Ziele der UNO für nachhaltige Entwicklung bis im Jahr 2030 erreichen. Der Bürgerrat endet zum 5./6. November. /

Mehr Informationen
www.buergerrat.de

Thorsten Sterk
ist Bürgerrat-Projektmitarbeiter bei Mehr Demokratie.

Foto: Robert Boden

„Will mich da jemand hinters Licht führen?"

Ein Gespräch über seine Erfahrungen mit Bürgerräten mit Armin Amrhein

Geloste Bürgerräte sind aktuell in aller Munde. Auf Bundesebene werden in dieser Legislaturperiode noch drei Bürgerräte kommen. Doch auch auf Landes- und Kommunalebene tut sich etwas. Beispielsweise steht im oberpfälzischen Amberg bald der erste Bürgerrat an. Der Amberger Armin Amrhein war schon Teilnehmer des 2019 durchgeführten bundesweiten Bürgerrates Demokratie. Ein guter Zeitpunkt also, mit ihm über seine Erfahrungen und den anstehenden Bürgerrat in seiner Stadt zu sprechen.

Armin, Du bist einer der Menschen, die für den Bürgerrat Demokratie im Jahr 2019 ausgelost wurden. Wie hat es sich damals für dich angefühlt, als Du das Einladungsschreiben bekommen hast?

Amrhein: Ja, erstmal schaut man das Schreiben etwas kritisch an und denkt: „Ist das irgendeine komische Werbung, will mich da jemand wieder hinters Licht führen?" Ich habe mich dann informiert und habe festgestellt, dass die Einladung durchaus ernst zu neh- ▸

men ist. Und das Thema hörte sich sehr interessant an, auch, dass man da als einer der wenigen Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet ausgewählt wurde. Und ich habe mich dann gemeldet, dass ich da gerne teilnehmen wollte.

Kannst Du uns den Ablauf des Bürgerrates erklären? Wie hat das alles funktioniert?

Amrhein: Es gab ja schon Treffen zur Vorbereitung. Das konnte man dann entsprechend nachlesen, auch welche Themen behandelt werden sollten. Wir sind dann in Leipzig an einem Samstag und Sonntag zusammengekommen. Man wurde zu einer Tischgruppe ausgelost mit sechs oder sieben Teilnehmern und zwei Moderatoren.

Und in diesen Tischgruppen wurden dann Themen zur Förderung der direkten Demokratie diskutiert. Dabei wurde stark darauf geachtet, dass jeder am Tisch zu Wort kommt. Die Moderatoren waren dafür sehr gut geschult und haben auf ein ausgewogenes Verhältnis geachtet.

Die Gruppen haben zu den verschiedenen Themen eine Sammlung von Ideen gemacht. Diese wurden anschließend verdichtet und letztendlich zu einem Papier mit Empfehlungen zur direkten Demokratie und zur besseren Teilnahme von Bürgern an demokratischen Entscheidungen gemacht.

Du hast erzählt, dass der Bürgerrat per Los zusammengestellt wurde. Was ist aus deiner Sicht der Vorteil dieses Losverfahrens?

Amrhein: Das Losverfahren stellt sicher, dass Bürger aus allen Schichten oder mit verschiedenstem Hintergrund teilnehmen können an der Veranstaltung. Das sind nicht nur solche, die massiv interessiert sind an politischen Prozessen, sondern man weckt auch bei vielen anderen das Interesse. Bei den Rückläufern, bei denen man bestimmte Daten über sich eintragen musste, wurde darauf geachtet, dass man da einen möglichst guten Querschnitt der Bevölkerung erreicht, sei es von Geschlecht, Alter, Bildungsstand, Herkunft, große Städte, kleine Städte, Landbevölkerung etc. Man erreicht damit einen wesentlich besseren Querschnitt der Bevölkerung als es zum Beispiel der Bundestag hat. Und dadurch, dass auch Kinderbetreuung, Betreuung von Pflegebedürftigen und Ähnliches angeboten wird, können auch Leute teilnehmen, die sonst kaum aus dem Haus kommen und sonst am politischen Prozess nicht teilnehmen können.

Bevor die Bürgerräte in die Kleingruppen gehen, gibt es Inputs von Expertinnen und Experten. Und mich würde interessieren, wie aus Deiner Sicht diese Experten-Inputs der Diskussion geholfen haben?

Amrhein: Man muss sich ja in das Thema einarbeiten, dass man da behandeln soll. Wie läuft beispielsweise ein Bürgerentscheid in Deutschland ab oder in einem Bundesland und so weiter. Es gab auch Inputs aus anderen Ländern. Also welche Möglichkeiten es in der Schweiz durch die direkte Demokratie gibt. Und es wurden Beispiele von Bürgerräten aufgezeigt, die in Irland wirklich stattgefunden haben. Und es wurden auch die Probleme geschildert, die in dem Rahmen auftreten. Aus meiner Sicht wurde auch nicht zu einseitig informiert, sondern es gab immer zwei oder mehr Seiten, deren Vertreter dann zum Beispiel auch in der Podiumsdiskussion aufgetreten sind. Die Experten sind durchaus wichtig, weil viele sich sonst oft nur diejenigen anhören, die heute vielleicht über die Presse und neuen Medien ihre Meinung verbreiten.

Wart ihr immer in derselben Kleingruppe?

Amrhein: Das wurde auch neu ausgelost, sodass man auch mit anderen Leuten diskutieren konnte. Es führte auch zu besseren Diskussionen, als wenn eine Gruppe zu eingefahren ist.

Am Ende habt ihr als Bürgerräte ein Bürgergutachten erstellt. Wie seid ihr zu diesem Endergebnis gekommen?

Amrhein: Alle Ergebnisse aus den Kleingruppen wurden von Leuten, die letztendlich gewählt wurden, ausformuliert. Das waren so ungefähr 12–13 Leute und auch einige Moderatoren. Die haben dann in relativ kurzer Zeit die ganzen Ergebnisse zu Vorschlägen umgearbeitet. Diese wurden dann vorgestellt. Dann wurde im gesamten Gremium darüber abgestimmt, welche angenommen und welche abgelehnt werden.

Es war nicht immer so, dass die Vorschläge zu 99,8 Prozent angenommen wurden. Aber weitgehend gab es doch ein Konsens. Es war jetzt auch kein so kontroverses Thema, muss man sagen. Die meisten sind für eine bessere Bürgerbeteiligung bei politischen Prozessen.

Was ist mit dem Gutachten dann passiert?

Amrhein: Es wurde am „Tag der Demokratie" im November 2019 an das Parlament übergeben, an Herrn Schäuble (seinerzeit Bundestagspräsident – die Red.). Zusätzlich war von jeder Fraktion auch ein Vertreter da, die sich dann ebenfalls dazu geäußert haben.

Leider haben wir bis jetzt keine große Rückmeldung bekommen in der Sache. Was man aber deutlich merkt, ist, dass Bürgerräte inzwischen in einige Parteiprogrammen aufgenommen wurden und auch im Koalitionsvertrag erwähnt werden. Da haben wir auch einige Arbeit geleistet, speziell innerhalb der Gruppe ehemaliger Bürgerräte, in der wir versuchen, das Thema voranzubringen, teilweise auch mehr auf Kommunal- oder auf Landesebene.

Zum anderen haben wir – aus meinem Ort waren wir damals drei geloste Bürgerräte – zusammen die Bundestagsabgeordneten angeschrieben mit der Bitte um ein Gespräch und wir haben es dann auch geschafft, zwei Bundestagsabgeordnete zu treffen und denen das Thema vorzustellen.

Wir haben auch vor der Bundestagswahl Bundestagsabgeordnete angeschrieben. Ich habe in Bayern so um die 60 Abgeordneten angeschrieben. Die Rückmeldung war aber eher bescheiden.

In deinem Heimatort Amberg findet bald tatsächlich der erste losbasierte Bürgerrat in Bayern statt. Dabei soll es um die Zukunft des Bürgerspitalareals gehen. Wie bewertest du die öffentliche Diskussion rund um den anstehenden Bürgerrat in Amberg?

Amrhein: Zum einen finde ich es gut, dass man einen Bürgerrat macht. Zum anderen muss ich bei der öffentlichen Diskussion sagen, dass bei vielen ein Informationsdefizit vorherrscht, was ein Bürgerrat überhaupt macht. Ein Bürgerrat trifft zum Beispiel eben keine Entscheidungen, sondern gibt Empfehlungen ab. Und wichtig ist aus meiner Sicht, dass auch Leute teilnehmen, die nicht zu der Interessengruppe gehören, die die Entscheidung des Stadtrats durch den Bürgerentscheid gekippt haben. Ich kann mir vorstellen, dass es auch andere Interessen gibt, was man mit diesem Gelände macht, als es die Interessengruppe möchte. Und deswegen ist es wichtig, dass ein gewisser Mix aus der Amberger Bevölkerung Vorschläge erarbeitet, was aus ihrer Sicht wichtig ist für die Innenstadt.

Was wünschst Du Dir für den Bürgerrat in Amberg?

Amrhein: Ich wünsche mir, ein für die meisten Bürger akzeptables Ergebnis. Das muss ja nicht immer nur ein Vorschlag sein, sondern dass es vielleicht auch zwei, drei oder fünf gibt, über die dann der Stadtrat entscheidet. Es geht eben nicht nur darum, dass die, die laut schreien, gehört werden, sondern dass eben auch Interessen anderer mit auf den Tisch kommen und eine sinnvolle Entscheidung daraus entsteht.

Ein Kritikpunkt besteht darin, dass nur zwei der zehn Experten tatsächlich zum Thema Umweltschutz sprechen, aber dafür mehrere Abteilungen aus der Stadtverwaltung die Möglichkeit bekommen sollen, die Sicht der Stadt darzulegen.

Amrhein: Man sollte schauen, dass die Teilnehmer selber die Chance haben, zu sagen „Ich will jemanden zu einem gewissen Thema hören". Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass die Teilnehmer da mitentscheiden können. Das war damals bei uns beim Bürgerrat Demokratie nicht so und ist auch schwierig. Das kann man nur machen, wenn größere Abstände zwischen den Treffen sind und es vom Organisatorischen her machbar ist. Jetzt, wo so viele Menschen für Video-Konferenzen ausgestattet sind, ist es vielleicht sogar ein bisschen einfacher, jemanden dazuzuholen.

Du hast eben Vorurteile angesprochen. Was gibt es für Falschinformationen bezüglich des Themas Bürgerrat, die Du wahrnimmst in Amberg?

Amrhein: Ein wesentlicher Punkt ist immer, dass da Leute entscheiden würden. Entscheiden tun sie nicht. Außerdem würden Leute teilnehmen, die überhaupt kein Interesse haben. Es ist ja nicht so, dass alle, die ausgewählt wurden, kommen müssen. Es sollte immer freiwillig sein und dann werden sich die Leute melden, die wirklich Interesse daran haben. Viele ermuntert das eben auch, sich einzubringen. Und man sieht auch bei den aktiven ehemaligen Bürgerräten, dass sie das wirklich gut finden und ihr politisches Interesse geweckt wurde.

Wichtig ist, dass die Entscheidungen letztendlich von unseren gewählten Vertretern getroffen werden. Die werden sicherlich – zumindest nicht ohne ausführliche Begründung – völlig daneben liegen.

Könntest Du Dir vorstellen, dass nach dem Bürgerrat über die Empfehlungen auch noch einmal von den Bürgerinnen und Bürgern abgestimmt wird?

Amrhein: Das wurde auch im Bürgerrat Demokratie ganz intensiv diskutiert und entsprechend vorgeschlagen. Weil sich dadurch Leute intensiv mit diesem Thema beschäftigen können und wenn das Ganze nach dem Bürgerrat veröffentlicht wird, um den Bürgern eine gute Informationsbasis zu geben. Ich kann mir also durchaus vorstellen, dass ein Bürgerrat ein Thema so vorbereitet, dass eine gute Informationsgrundlage für einen Bürgerentscheid vorliegt. /

Das Interview führte Jan Renner von Mehr Demokratie

> **„Ich wünsche mir ein für die meisten Bürger akzeptables Ergebnis. Das muss ja nicht immer nur ein Vorschlag sein, sondern dass es vielleicht auch zwei, drei oder fünf gibt, über die dann der Stadtrat entscheidet."**

Jan Renner
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Landesverband Bayern.

Mit Kindern Zukunft gestalten

Eine Ottersberger Beteiligungswerkstatt –
von Claudia Brunsemann und Jens Zussy

Fotos: Jens Zussy

Der LOSLAND Beteiligungsprozess in Ottersberg begann am 15. Juni mit einer Zukunftswerkstatt mit Kindern der vierten Klasse.

Es war der 15. Juni im Werkraum der Grundschule Posthausen in Ottersberg. 17 Schüler und Schülerinnen der 4b sammelten in einer Zukunftswerkstatt kreative Ideen, schmiedeten Pläne und bauten Modelle. Es roch nach Klebstoff und ein wenig nach Farbe, dazu der Klang von Hämmern und Sägen. Wortfetzen von Fachsimpeleien über Sitzgelegenheiten, Fußballplätze, einen Entensee, Spielmöglichkeiten und das Zusammenleben von Jung und Alt. Die Kinder waren hochmotiviert, denn sie gestalteten nach ihren eigenen Ideen – aus Kartons, Recycling-Werkstoffen und Naturmaterialien, Biegeplüsch und Glitzer – Modelle für eine für alle Generationen lebenswerte Zukunft in Ottersberg. Zum Abschluss des Tages hatte sich Bürgermeister Tim Willy Weber angekündigt. Er war es, der zuvor mit der Steuerungsgruppe des Ottersberger LOSLAND Prozesses entschieden hatte, die Kinder-Zukunftswerkstatt auszurichten. Stolz präsentierten die Schüler und Schülerinnen ihm ihre Ideen, und wenige Tage später im Bürgerforum auch allen interessierten Ottersbergern. Dort wurden die Ergebnisse der Kinder-Zukunftswerkstatt und die des Bürgerrates der Erwachsenen gemeinsam vorgestellt.

Zukunftswerkstätten sind ein Workshop-Format zur kreativen Gestaltung von Zukünften. Es werden darin aktivierende Diskussions- und Analyseverfahren, spielerische, teils sehr exotische Kreativitätstechniken sowie unterschiedliche Präsentationsformen genutzt. Zukunftswerkstätten ermöglichen es den Teilnehmenden mit Spaß und Elan ihre Expertise einzubringen, sich gemeinsam intensiv mit einem Thema auseinanderzusetzen und kooperativ gute Ergebnisse zu erzielen.

In Ottersberg wurde die Frage „Wie kann es gelingen, dass sich Kinder, junge Erwachsene und Ältere heute und in Zukunft wohlfühlen in Ottersberg?“ in den Mittelpunkt des LOSLAND Beteiligungsprozesses gestellt. Aus der Fragestellung geht hervor, dass neben Erwachsenen und Jugendlichen explizit auch Kinder die Möglichkeit haben sollten, sich aktiv am Prozess zu beteiligen. Als Methode wurde die Zukunftswerkstatt gewählt, die durch die angstfreie, lockere Arbeitsatmosphäre und durch die spielerische Methodik besonders auch Kinder anspricht.

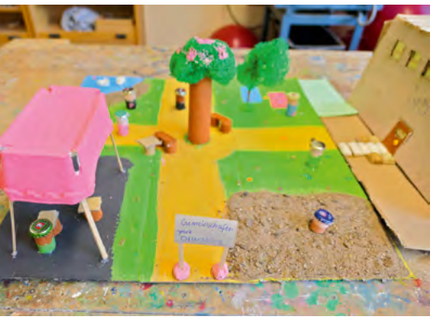
Um die in Workshops üblichen Rollenfindungsprozesse zu umgehen, wurde beschlossen, die Kinder nicht einzeln auszulosen (wie im LOSLAND Bürgerrat der Erwachsenen), sondern mit einer kompletten Schulklasse zu arbeiten. Die Wahl fiel dabei auf eine vierte Klasse der Grundschule Posthausen. Die Klassenlehrerin Doris Benger-von Ahnen und ihre Klasse hatten großes Interesse, sich in dieser Form am Prozess in Ottersberg zu beteiligen. Mit Unterstützung der Schulsozialarbeiterin Stephanie Hobbensiefken nahmen sie sich einen ganzen Tag Zeit, um ihre Visionen für Ottersberg zu entwickeln.

Ablauf der Kinder-Zukunftswerkstatt in Ottersberg

Die Vorbereitungsphase

Pünktlich um 8:15 Uhr begrüßen wir als Moderationsteam die anwesenden Kinder, ihre Klassenlehrerin sowie die Schulsozialarbeiterin und erklären die Zielsetzungen des Tages: Die Kinder werden eingeladen, als „Experten in eigener Sache“ Ottersberg und Umge- ▸

bung in den Blick zu nehmen und Ideen für ein zukünftiges ideales Ottersberg zu entwickeln, in dem sich alle Generationen wohlfühlen. Anschließend sollen sie der Politik und der Verwaltung ihre Empfehlungen mit auf den Weg geben, was aus Kindersicht von besonderer Bedeutung ist. In der Einführung in die Werkstatt ist es besonders wichtig, den Kindern transparent zu machen, dass es darum geht, Empfehlungen und Ideen aus Sicht aller Altersgruppen in Ottersberg zu sammeln – eben auch aus



der Sicht der Kinder. Ob einige ihrer Ideen konkret umgesetzt werden können, wird sich erst im weiteren Prozess klären. In jedem Fall aber fließen die Empfehlungen der Kinder in alle weiteren Überlegungen und Planungen des Fleckens ein!

Nach einem kleinen Kennenlernspiel folgt eine kurze Einführung in die Phasen und Regeln der Zukunftswerkstatt. Der Hinweis darauf, dass sich Bürgermeister Weber für ihre Ergebnisse interessiere und sich zur Präsentation angekündigt habe, verdeutlicht den Kindern den Stellenwert ihrer Arbeit in der Zukunftswerkstatt und zeigt, dass die Beteiligung der Kinder am LOSLAND-Prozess von der Gemeinde gewollt ist und unterstützt wird.

Die Kritikphase

Diese Phase ermöglicht es den Kindern in einer Art Katharsis ihren Kopf freizubekommen, indem sie ihren mit dem Thema verbundenen Unmut äußern, um im weiteren Verlauf der Werkstatt „unbelasteter" arbeiten zu können. Unter den Leitfragen „Was nervt dich in Ottersberg? Was ist doof für Kinder?" sammeln sie auf orangenen DIN-A4-Bögen, den „Motzmauersteinen", ihre negativen Kritikpunkte und kleben diese in ihre „Motzmauer", ein zwei Meter großes Plakat. Abschließend reflektieren wir gemeinsam ihre Ergebnisse. Schwerpunkt der Reflexion ist beispielsweise der ÖPNV: Vor allem kaputte Bushaltestellenhäuschen und fehlende Sitzgelegenheiten in den Bussen werden bemängelt. Die Spielplätze sind aus Sicht der Kinder oft vermüllt und deren Spielgeräte defekt und nicht für ältere Kinder geeignet. Auf den Straßen befinde sich ebenfalls viel Müll, dafür aber ein zu geringer Bestand an Sitzbänken. Auch in 30-km/h-Zonen führen die Autos häufig zu schnell.

Zu unserer Kritikphase nehmen wir auch positive Rückmeldungen der Kinder auf. Hierdurch werden die vorhandenen Ressourcen Ottersbergs sichtbar. Ebenso das, was aus Sicht der Kinder auf alle Fälle erhalten bleiben soll. Die Kinder erfassen unter den Leitfragen „Was ist in und um Ottersberg schon gut für Kinder? Was soll unbedingt so bleiben?" ihre persönlichen Highlights und gestalten damit auf Papiersternen ihren „Walk of Fame". Zu den häufig genannten Punkten gehören dabei die Natur, die schöne Umgebung, dass alles sehr nah beieinander und mit dem Fahrrad zu erreichen ist, sowie das Schwimmbad, Einkaufsmöglichkeiten und der Dönerladen. Auch die schönen Spielplätze und die Schule mit ihren schönen Projekttagen zählen zu den „Stars" der 4b.

> LOSLAND ist ein Projekt von Mehr Demokratie und dem IASS Potsdam und wird von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. Der Flecken Ottersberg ist eine von zehn LOSLAND Kommunen, in denen in diesem Jahr geloste Zukunftsräte zur Gestaltung einer enkeltauglichen Zukunft stattfinden.

Die Phantasiephase

Nach einem kreativen Ideenlockerungsspiel sind die Kinder gut vorbereitet, ihre Ideensammlung anzugehen. Zur Einführung in die Phantasiephase verweisen wir noch einmal auf das Ziel und die Regeln dieser Phase. Ab jetzt ist das Kritisieren vorbei. Nun geht es darum, möglichst viele phantastische Ideen zu sammeln und auszuarbeiten. Unter dem Motto „Unsere Ideen für Jung und Alt in und um Ottersberg – so wäre es ideal!" sammeln sie in vier Kleingruppen, die von der Klassenlehrerin, der Schulsozialarbeiterin sowie dem Moderatorenteam begleitet werden, auf Moderationskarten ihre Ideen zu sieben Kategorien:

1. Natur und Naturbeobachtung
2. Mitbestimmungsmöglichkeiten
3. Verkehr (Schulweg, Radfahren, Busfahren ...)
4. Stadtgestaltung für Jung und Alt
5. Aktionen für Jung und Alt
6. Freizeit, Sport und Spiel
7. und außerdem...

Nach der Mittagspause und einem weiteren „Energizer" sucht sich jedes Kind eines der entstandenen Themen aus, an dem es intensiv weiterarbeiten will. So entstehen die Arbeitsgruppen Freibad, Fußballplatz, Stadion, Gemeinschaftspark für Ottersberg, sowie „JKSP – Jedem Kind seinen Platz".

Modellbau

Im ca. 90-minütigen Modellbau ist es wichtig, dass für alle Kinder genügend hochwertige Werkzeuge und eine große Auswahl an unterschiedlichen Modellbaumaterialien zur Verfügung stehen. So können sie ihrer Kreativität freien Lauf lassen und dreidimensionale Modelle von ihrem idealen Ottersberg für Jung und Alt bauen. Dieser Modellbau kann besonders für jene Kinder wichtig sein, die eher introvertiert sind oder sich nicht gern schriftlich ausdrücken. Im Modellbau kommen alle Kinder zum Zuge und gestalten ihre Ideen in Miniatur, die sie stolz und selbstbewusst Erwachsenen präsentieren können.

Interne Präsentation mit dem Bürgermeister

Höhepunkt der Zukunftswerkstatt in Ottersberg ist die Vorstellung der Modelle. In einer halbstündigen Präsentation stellen die Kinder alle in der Werkstatt entstandenen Ergebnisse ihrem Bürgermeister vor. Die Motzmauer sowie den Walk of Fame und die Ideensammlung präsentierten die Kinder selbstbewusst und professionell, anschließend geht es im Wanderplenum in den Werkraum, wo jede Gruppe ihr Modell und dessen zahlreiche Details und Besonderheiten vorstellt. Herr Weber fragt interessiert nach, kommt schnell mit den Kindern ins Gespräch und erteilt jeder Gruppe Lob und Anerkennung für ihre Arbeit. Sichtlich beeindruckt über Vielfalt und Detailtreue der Ergebnisse, erklärt er den Kindern, wie wichtig ihre Sicht auf ein gutes Leben mit allen Generationen in Otterberg ist.

Abschluss: Ausblick und Feedbackrunde

Abschließend wird den Kindern und ihren Eltern eine Einladung ins Forum ausgesprochen, in dem die Kinder ihre Ergebnisse noch einmal im großen Rahmen präsentieren werden. Die Kinder geben beim Feedback ihrer Begeisterung über ihre Arbeit in der Werkstatt und ihren Ergebnissen Ausdruck. Nach eigenen Aussagen hätten sie gern auch noch an den Themen weiterarbeiten können. Auch in dieser Veranstaltung zeigt sich somit, dass Kinder sehr von dem spielerischen Konzept des handlungs- und produktorientierten Arbeitens der Zukunftswerkstatt angesprochen werden. Die kindliche Lust am Phantasieren, Gestalten und Präsentieren, konnte hier mit Freude ausgelebt werden. Kinder verfügen durch ihren Erlebniskosmos über eigene, für die Gesellschaft sehr wichtige Erfahrungen. Ihre Sicht auf die Dinge ergänzt in wertvoller Weise die Gestaltung der Gemeinde, umgekehrt wird das weitere Engagement der Kinder durch diese Werkstatt gestärkt. /

Gegen Ende stieß Bürgermeister Tim Weber dazu und ließ sich die Ergebnisse zeigen.

Unter anderem sind die Kinder auf die Idee eines neuen Gemeinschaftsparks in der Nähe des Seniorenheims gekommen.

Fotos: Jens Zussy; Alexandra Schmied

Claudia Brunsemann und Jens Zussy gehören zum Team von „Planen mit Phantasie" und sind ausgebildete Dipl. Sozialarbeiter/-pädagogen. Sie sind spezialisiert auf kinderfreundliches und jugendgerechtes Planen, moderieren u. a. Zukunftswerkstätten, World-Cafés und Beteiligungsspiralen und führen Fortbildungen rund um das Thema Beteiligung durch.

Neues aus den Landesverbänden

Mit Terminen vor Ort.

Baden-Württemberg

Bei der Mitgliederversammlung am 2. Juli wurde ein neuer fünfköpfiger Landesvorstand gewählt, in dem jetzt eine erhebliche kommunalpolitische Kompetenz versammelt ist: Dr. Christian Ante (Bürgermeister von Merzhausen und Kreisverbandsvorsitzender des baden-württembergischen Gemeindetags), Britta Gedanitz (Rechtsanwältin und Bezirksbeirätin in Mannheim), Dr. Philipp Deeg (Geschäftsstelle des Stadtrats von Sindelfingen und Redakteur der Fachzeitschrift „Die Öffentliche Verwaltung"), Uwe Schwarz (Gemeinderat in Berghüllen bei Ulm) und Dr. Edgar Wunder (Gemeinde-, Regional- und Kreisrat im Rhein-Neckar-Kreis). Nachdem der Landtag im Frühjahr die überfällige Reform des Landtagswahlrechts endlich verabschiedet hat, steht nun die Reform des Kommunalwahlrechts auf der politischen Tagesordnung. Der Landesverband hat im Rahmen einer Anhörung ausführlich zum Gesetzentwurf der Landesregierung Stellung genommen (einsehbar unter mitentscheiden.de). Bis zum Jahresende wollen wir die Unterschriftensammlung für einen Antrag auf Volksbegehren zur Ermöglichung von Bürgerbegehren auf Landkreisebene erfolgreich abschließen. Von den 10.000 dafür benötigten Unterschriften liegen 8.500 bereits vor.

Bayern

Wir wollen unseren Mitgliedern zukünftig mehr Perspektiven aus der demokratischen Praxis aufzeigen. Darum haben wir einen bayerischen Demokratie-Podcast gestartet. Für unsere Arbeit sind Zahlen zur direkten Demokratie wichtig. Diese bietet der neue Bericht zu 25 Jahren Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, auf dessen Grundlage wir in Kampagnen und bei der Politik Verbesserungen der Instrumente anstreben können. Neben Regelungen für die direkte Demokratie braucht es eine gute demokratische Kultur. Eine kleine Gruppe Mitglieder arbeitet bereits seit einiger Zeit an diesem Thema. Im Oktober starten wir eine mehrteilige Online-Reihe, die sich mit verschiedenen Aspekten demokratischer Kultur beschäftigt.

Berlin

In Berlin ist demokratiepolitisch wieder einiges los. Mit einem offenen Brief hat der Landesverband die Kommission zur Umsetzung des erfolgreichen Volksentscheids zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen kritisiert. Da die Diskussion innerhalb der Kommission für die Bevölkerung kaum nachvollziehbar ist, haben wir den Senat aufgefordert, für mehr Transparenz zu sorgen. Erfreulich ist, dass der Berliner Klimabürgerrat im Juni seine 47 Empfehlungen für ein klimaneutrales Berlin vorgelegt hat. Der Bürgerrat geht auf eine von Mehr Demokratie unterstützte Volksinitiative zurück. Ebenso erfreulich ist, dass unsere im Juni eingereichte Volksinitiative zur Einführung der elektronischen Eintragung bei Volksbegehren, zur Absenkung des Wahlalters sowie zur Ausweitung des Wahlrechts auf Menschen ohne deutschen Pass zustande gekommen ist. Das Abgeordnetenhaus muss die Initiative nun anhören. Weniger erfreulich sind die Ergebnisse der Kommission zur Aufarbeitung der Wahlpannen im letzten Jahr. Im August hat die 21-köpfige Kommission Empfehlungen vorgelegt, um zukünftige Chaostage zu vermeiden. Spannend bleibt, ob und in welchem Umfang Wahlen sowohl zum Bundestag wie auch zum Abgeordnetenhaus wiederholt werden müssen.

Brandenburg

In Brandenburg passiert demokratiepolitisch zurzeit nicht viel. Zwar wurde anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Landesverfassung im Juni von vielen Stimmen hervorgehoben, wie fortschrittlich die damals verabschiedeten Beteiligungsrechte in der Verfassung waren, jedoch hat sich bei den Regelungen der direkten Demokratie bisher nicht viel getan. Nach wie vor können Unterschriften für Volksbegehren nicht auf der Straße gesammelt werden und weiterhin dürfen sich Volksbegehren nicht auf den Landeshaushalt auswirken. Auch die im aktuellen Koalitionsvertrag versprochene Online-Eintragung bei Volksbegehren sowie ein Beteiligungsportal der Landesregierung lassen weiterhin auf sich warten.

Bremen/Niedersachsen

In Niedersachsen wird am 9. Oktober ein neuer Landtag gewählt. Das prägt die Arbeit des Landesverbandes. So veranstalteten wir Mitte September Thementage zu digitaler Demokratie in Hannovers Innenstadt, unter anderem mit Veranstaltungen für Schulklassen zum Thema Fake News und einer Diskussion über ein Demokratie-Update für das nordwestliche Bundesland. Kooperationspartner war die Stadtbibliothek. Der Landesverband veröffentlichte zudem Wahlprüfsteine und startete einen Aufruf, in dem insbesondere ein Transparenzgesetz gefordert wird. Nach der Wahl könnte es durchaus zu einer unseren Forderungen freundlicher gesonnenen Landesregierung kommen: Rot-Grün hat in den Umfragen eine Mehrheit. Aktuell regiert eine rot-schwarze Landesregierung, die unter anderem die Bedingungen für kommunale Bürgerbegehren verschlechterte.

Hamburg

Hamburg braucht endlich ein Lobbyregister. Wir sehen gute Chancen, dass auch Hamburg bald ein eigenes Lobbyregister bekommen wird. Außer der SPD unterstützen alle demokratischen Parteien in der Hamburgischen Bürgerschaft unsere Forderung. Da im Herbst das Hamburger Transparenzgesetz zehn Jahre alt wird, wäre dieses der ideale Zeitpunkt, dass die Bürgerschaft die Einführung des Lobbyregisters und des legislativen Fußabdrucks beschließt.

Die Eintragung ins Lobbyregister soll für all diejenigen verpflichtend sein, die gegenüber der Hamburgischen Bürgerschaft, dem Hamburger Senat und der Hamburger Verwaltung organisiert und/oder im Auftrag Interessen vertreten. Damit soll transparent gemacht werden, wo Lobbyistinnen und Lobbyisten Einfluss auf Gesetzesentwürfe und Verordnungen nehmen.

Hessen

Im Rahmen des Zukunftsdorf22 in der documenta 15 in Kassel, gab es viele spannende Veranstaltungen. Es wurde über Bürgerräte, die „WeThePeoples"-Kampagne und die Arbeit von Democracy International informiert. Auch war der OMNIBUS für Direkte Demokratie vor Ort. Johannes Stüttgen hielt einen Vortrag zum 50. Jubiläum des von Joseph Beuys auf der documenta 5 1972 gegründeten „Büro für Direkte Demokratie durch Volksabstimmung". Erfreuliche Nachrichten liefert auch das Volksbegehren „Verkehrswende Hessen": Am 28. August wurden 70.232 Unterschriften an das hessische Wirtschafts- und Verkehrsministerium übergeben.

Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern hat das Kabinett die Senkung des aktiven Wahlalter auf 16 Jahre beschlossen. Der Gesetzentwurf wurde am 29. Juni in erster Lesung vom Landtag behandelt und wird voraussichtlich nach der Sommerpause beschlossen. Mehr Demokratie fordert seit langer Zeit die Herabsenkung des Wahlalters und hat dazu auch eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht angekündigt.

Nordrhein-Westfalen

Die erste Jahreshälfte 2022 stand ganz im Zeichen der Landtagswahl. Inzwischen liegt ein vielversprechender Koalitionsvertrag der neuen schwarz-grünen Regierung vor. Darin finden sich unter anderem Erleichterungen für die direkte Demokratie, Bürgerräte, ein Lobbyregister und vieles mehr! Jetzt kommt es allerdings auf die Umsetzung an. Der Landesverband wird der neuen Regierung auf die Finger schauen und sich, wann immer möglich, konstruktiv in den Prozess einbringen.

Was uns auch beschäftigen wird, ist die historisch niedrige Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl. Wenn fast die Hälfte der Wahlberechtigten gar nicht erst zur Wahl geht, stellt das für unsere Demokratie ein Problem dar und muss ein Weckruf für Politik und Zivilgesellschaft sein.

Der neue Koalitionsvertrag und die niedrige Wahlbeteiligung werden auch Thema auf der Landesmitgliederversammlung sein, die am 10. September im Landesbüro in Köln stattfindet. Weiterhin wird ein neuer Landesvorstand für die nächsten zwei Jahre gewählt. Anmelden kann man sich per Mail (nrw@mehr-demokratie.de) oder telefonisch (0221-66966513).

Zuletzt noch gute Nachrichten: Nachdem in den letzten beiden Jahren coronabedingt deutlich weniger Bürgerbegehren und kaum Bürgerentscheide stattfanden, kann dieses Jahr eine regelrechte Aufbruchsstimmung wahrgenommen werden. Bereits neun Bürgerentscheide haben stattgefunden, das sind mehr als in den Jahren 2020 und 2021 zusammen.

Rheinland-Pfalz

Jens Mindermann packt seit 1. Juli als neuer Mitarbeiter bei uns mit an. Wir beraten mehrere Anfragen für Bürgerbegehren. Im Rahmen einer Kooperation mit Multivision e. V. haben wir in Bad Kreuznach und Montabaur mit Berufsschülern und -schülerinnen zum Thema „Überwachung 2.0" diskutiert. Neun Tage lang haben wir mit einem Infostand beim Friedenscamp in Steinwenden für Direkte Demokratie und den Verein geworben.

Sachsen

Sachsen bekommt ein Transparenzgesetz. Das hat der Landtag in seiner Sitzung vom 13. Juli beschlossen. Bislang gab es im Freistaat gar kein Gesetz zur Informationsfreiheit bzw. Transparenz von staatlichen Informationen. Mit dem neuen Transparenzgesetz belegt Sachsen einen Mittelfeldplatz im Transparenz-Ranking. Mehr Demokratie hat bei der Anhörung im Landtag und zum Beschluss des Landtags Stellung bezogen und Nachbesserungen gefordert.

Schleswig-Holstein

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein sieht vor, Bürgerräte gesetzlich zu etablieren. Allerdings sind erhebliche Verschlechterungen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden vorgesehen. Hier sollen die Zustimmungsquoren erhöht und eine Generalklausel eingeführt werden, die Bürgerbegehren zur Bauleitplanung bei kommunalen Projekten (Kindergarten, Schulen usw.) verhindern sollen, um „die kommunale Selbstverwaltung zu stärken".

Das werden wir vom Landesverband nicht so hinnehmen und ggf. ein Volksbegehren hierzu starten. /

Wählen ab 16 – für die Demokratie!

Hätten bei der letzten Bundestagswahl 16- und 17-Jährige mitwählen können, dann wären bis zu 2,2 Mio. Stimmen mehr in den Urnen gelandet: Junge Stimmen!

Mehr Demokratie steht hinter der Forderung, das Wahlalter auf 16 zu senken, denn:

- Demokratie will erfahren und geübt werden. Menschen erleben durch aktive Mitbestimmung, dass ihre Vorstellungen Gewicht bekommen! Wer sich schon früh als selbst-wirksam erfährt, auch z. B. bei Wahlen, entwickelt Vertrauen in die Demokratie und bringt sich wahrscheinlicher auch weiter im politischen Prozess ein.
- 16- und 17-Jährige können heute qualifizierte, überlegte und vernünftige Wahlentscheidungen treffen – auch deshalb, weil die (seit den 1970ern) wesentlich veränderte politische Bildung Früchte trägt. Fridays for Future und andere junge Bewegungen zeigen, was sich getan hat: Viele Jugendliche sind sich heute sehr bewusst, dass es um nicht weniger als ihre eigene Zukunft geht. Sie mischen sich ein, konsequent und wirksam!
- Praktische Erfahrungen zum Wählen ab 16 gibt es bei Kommunalwahlen schon in elf Bundesländern. In vier Ländern wählen Jugendliche auch den Landtag mit. Wenn also Erfahrung, Reife, Bildung und politisches Interesse der Jugendlichen in Kommunen und Ländern wirksam sein dürfen – warum spricht man ihnen hierzulande das Wahlrecht „im Großen" ab? Auch mehrere EU-Staaten beteiligen 16-Jährige schon jetzt an nationalen Parlamentswahlen!
- In Deutschland leben 2022 so wenig junge Menschen wie noch nie: Nur 8,3 Millionen, 10 Prozent der Gesamtbevölkerung, sind 15 bis 24 Jahre alt (Stat. BA, 12/21), Tendenz weiter sinkend. Schon zur Bundestagswahl '21 waren 58 Prozent der Wählenden älter als 49. Senken wir das Wahlalter nicht, bestimmen anteilig immer weniger junge Leute das Ergebnis, deren Leben davon aber am stärksten geprägt wird.

Es tut dringend Not, die demokratische Stimme der Jungen zu stärken!

Beste Grüße
Ulrike Moser
im Mehr Demokratie-Bundesbüro

Kontakt: mitgliederservice@mehr-demokratie.de, Telefon 07957 - 923 90 50

P.S. Bei unserer Bundesmitglieder-Versammlung in Kassel am Fr, 25. November ist „Wählen ab 16" Thema eines **Vortrags mit Diskussion mit Prof. Hermann Heußner** – Sie sind herzlich eingeladen! Mehr dazu: Seite 49 in diesem Heft.

Wahl des Bundesvorstands am 26. November 2022 auf der Bundesmitgliederversammlung (BMV) in Kassel

Liebes Mitglied,

bald ist es soweit: Wir treffen uns zur Bundesmitgliederversammlung!

Die Versammlung findet am Samstag, den 26. November ab 11:00 Uhr bis Sonntag, den 27. November um 15:00 Uhr im Haus der Kirche, Wilhelmshöher Allee 330, 34131 Kassel statt!

Melden Sie sich gerne jetzt schon an: www.mehr-demokratie.de/mv-anmeldung

Wahl des Bundesvorstands

Die Wahlleitung gibt bekannt, dass die Wahl des Bundesvorstands am Samstag, den 26. November 2022 im Haus der Kirche in Kassel stattfindet. Wählbare Mitglieder können ihre Kandidatur **bis zum 26. September 2022** gegenüber der Wahlleitung erklären. Ihre Kandidatur richten Sie an abstimmungsleitung@mehr-demokratie.de oder an Abstimmungsleitung Mehr Demokratie e.V., Bernhardstr. 7, 28203 Bremen, Fax: 0421 – 794 63 71

Die Kandidatinnen und Kandidaten werden am 29. Oktober 2022 per E-Mailing bekannt gegeben. Dort erhalten Sie dann auch nähere Informationen zur Bestellung der Briefwahlunterlagen.

Briefwahlunterlagen können Sie ab jetzt bis zum 19. November 2022 über dieses Online-Formular anfordern: www.mehr-demokratie.de/mv-briefwahl

Vorprogramm zur Bundesmitgliederversammlung

Der Landesverband Hessen lädt am Freitag, den 25. November 2022 alle Interessierten herzlich nach Kassel zu einem Vorprogramm ein. Das Programm beginnt um 13:00 Uhr mit einer Vorstellung des Landesverbandes, anschließend erkunden wir Kassel und besichtigen einige Ausstellungsstücke der documenta. Am Abend wird das Programm durch einen Vortrag abgerundet: Hermann K. Heußner, Professor für Öffentliches Recht und Recht der Sozialen Arbeit an der Fachhochschule Osnabrück und Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie e. V. wird in das Thema „Wahlalter ab 16" einführen. Anschließend ist Zeit zur Diskussion. Weitere Informationen finden Sie im Mitgliederbereich (zuvor mit persönlichen Zugangsdaten einloggen: mitglieder.mehr-demokratie.de): mitglieder.mehr-demokratie.de/bundesmitgliederversammlung/kommende-bmv.

Melden Sie sich auch für den Freitag hier an: mehr-demokratie.de/mv-anmeldung

Vorträge zur Bundesmitgliederversammlung – Stimmen Sie ab!

Die zweite Bundesmitgliederversammlung dieses Jahres wollen wir dazu nutzen, mit Ihnen einen tieferen Blick in die aktuellen politischen Kampagnen und Debatten des Vereins zu werfen! Dafür haben wir eine Auswahl an Vortragsthemen zusammengestellt und bitten Sie, bis zum 25. September darüber abzustimmen, welche Vorträge Sie hören möchten. Die Abstimmung finden Sie im Mitgliederbereich.

mitglieder.mehr-demokratie.de/bundesmitgliederversammlung/kommende-bmv

Wir freuen uns auf eine abwechslungsreiche Versammlung und spannende Diskussionen mit unseren Mitgliedern!

Herzliche Grüße,
Alexander Trennheuser

„Ich war nie eine große Freundin der Politik, und meine Erfahrungen in den letzten zehn Jahren waren nicht dazu angetan, etwas daran zu ändern. Die Gehässigkeit stößt mich nach wie vor ab: diese tribalistische Aufteilung in Rot und Blau, die Vorstellung, dass wir uns für eine Seite entscheiden und dann dabeibleiben müssen, unfähig zuzuhören, Kompromisse zu schließen oder manchmal auch nur einfach ein bisschen höflich zu sein. […] Ich selbst bleibe außerdem einer Kraft verbunden, die größer und wirkmächtiger ist als eine einzelne Wahl, ein einzelnes Staatsoberhaupt oder eine einzelne Nachricht – dem Optimismus."

Michelle Obama

Michelle Obama (geb. 1964 in Chicago) ist Rechtsanwältin und schrieb 2018 mit „Becoming" ihre Memoiren. Sie war als Ehefrau von Barack Obama von 2009 bis 2017 die First Lady der Vereinigten Staaten.

Am 02. August 2022 wurde in einer Volksabstimmung im Bundesstaat Kansas entschieden, das Abtreibungsrecht nicht zu verschärfen. Ausgerechnet das konservative Kansas, eine Hochburg der Republikaner, spricht sich also für das Recht auf Abtreibung aus. Das zeigt: Rot oder blau, schwarz oder weiß, A oder B, dieses Prinzip der strikten Trennung in der Politik gilt nicht für die Bürgerinnen und Bürger. Bist du nicht für mich, bist du gegen mich, das suggeriert uns das Einteilen politischer Entscheidungen in Parteien. Doch die Realität ist komplexer: Politische Einstellungen sind bunt, unterschiedlich, manchmal auch widersprüchlich. Die Demokratie hält das nicht nur aus, sie lebt davon. Wir brauchen die direkte Demokratie: sie macht Komplexität sichtbar, sie zeigt, wie Menschen zu einem konkreten Thema stehen und nicht zu einer Partei. Deshalb stimmen mich direktdemokratische Entscheidungen wie diese – gemeinsam mit Michelle Obama – weiterhin optimistisch!

Ausgewählt von Marie Jünemann, Bundesvorstand von Mehr Demokratie und im Landesvorstand in Berlin/Brandenburg

Foto: Chuck Kennedy

Kontakt

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart
Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11
info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Schwanthalerstr. 120, 80339 München
Tel. 089-462 242 05
bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Berlin/Brandenburg
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Bernhardstr. 7, 28203 Bremen
Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371
bremen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Mittelweg 12, 20148 Hamburg
Tel. 040-317 691 00, Fax 040-317 691 028
hamburg@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Matthias Klarebach, Dirk Oestreich
vorstand@mehr-demokratie-hessen.de
Felix Hoffmann (Tel. 0152-327 095 38)
felix.hoffmann@mehr-demokratie.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Hermannstr. 36, 18055 Rostock
mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen
Gürzenichstraße 21 a-c, 50667 Köln
Tel. 0221-669 665 11, Fax 0221-669 665 99
nrw@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Franz Botens
Tel. 01573-062 06 33
franz.botens@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland
Thomas Gretscher
Tel. 0681-416 36 41
thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt
Christian König
Tel. 0151-22 01 72 76
christian.koenig@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen
Christian König
Tel. 0151-22 01 72 76
sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Schleswig-Holstein
Dorfstr. 2a, 24975 Husby
Tel. 04634-936 76 16, mobil 0157-522 432 20
sh@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen
Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt
Christian König
Tel. 0151-22 01 72 76
thueringen@mehr-demokratie.de

Arbeitsbereiche

Geschäftsführung und Kuratorium
Roman Huber, Büro Tempelhof
roman.huber@mehr-demokratie.de
Alexander Trennheuser, Büro NRW
alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer
Ulrike Moser, Büro Tempelhof
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Anne Dänner, Büro Berlin
Anselm Renn, Büro Berlin
presse@mehr-demokratie.de

Internet
Aline Koeppen
aline.koeppen@mehr-demokratie.de
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation
Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung
Katrin Tober, Büro Bremen
katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation
Frank Rehmet, Büro Hamburg
frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin
claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International
Daniel Schily, Büro NRW
daniel.schily@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Aufbauende Demokratie
Harris Tiddens
harris.tiddens@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt
Stefan Padberg
stefan.padberg@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Socher, Büro Bayern
beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach, Büro Bremen
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung
Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü
fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis dezentrale Demokratie
Karl-Martin Hentschel
karl.m.hen@googlemail.com

Arbeitskreis Digitalisierung und Demokratie
Alexandra Arweiler
alexandra.arweiler@mehr-demokratie.de

Beratung von Bürgerbegehren
Bei den Landesbüros oder zentral:
beratung@mehr-demokratie.de

Beratung zu Bürgerräten
Thorsten Sterk
thorsten.sterk@buergerrat.de

Bundesbüros

Bundesbüro Tempelhof
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Impressum

Herausgeber (V.i.s.d.P.)
Mehr Demokratie e.V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
info@mehr-demokratie.de

Redaktion
Dieter Halbach
zeitschrift@mehr-demokratie.de
0176-26 95 45 59

Abonnement
18 Euro für vier Ausgaben jährlich.
Für Mitglieder und Förderer von Mehr Demokratie e. V. ist der Abopreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anzeigen
Preisliste Nr. 4 vom 11.04.2012

Druck
Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH & Co. KG
100% Umweltpapier

Konto
Mehr Demokratie, BfS München
IBAN: DE14 700 2050 0000 885 8105
BIC: BFSWDE33MUE

Kleingedrucktes
Nachdruck frei, Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Vereins wieder. Für unaufgefordert eingesandte Artikel kann keine Haftung übernommen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

Redaktionsschluss
Für Heft 04/2022: 15.11.2022

Bildnachweis
Soweit nicht anders angegeben, stammen die Bilder dieser Ausgabe aus unserer Datenbank.

Gestaltung
Liane Haug

„Falls Sie es noch nicht bemerkt haben: Wir erleben gerade den Verlust der Demokratie, wie wir sie kennen. Die Menschheit heißt die Tyrannei buchstäblich willkommen, während sie in jeden Winkel der Welt vordringt. Die meisten Menschen sind zu feige, um etwas dagegen zu unternehmen, und tun dann so, als sei alles in Ordnung. Wenn man weiterhin so tut, als ob nichts passiert, dann stehen der Menschheit einige sehr harte Zeiten bevor.“

Sting (Musiker)

Seit mehr als 30 Jahren bringt Mehr Demokratie die direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran. So kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

facebook.com/mehrdemokratie
twitter.com/Volksentscheid
instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de

MEHR DEMOKRATIE